N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am
11.09.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:49 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	ab 14:04 Uhr bis 17:31 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	ab 14:12 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	ab 14:22 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	bis 18:11 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	ab 14:11 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	bis 18:22 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	bis 18:51 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	bis 18:28 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	ab 14:05 Uhr bis 16:01 Uhr
Herr Thomas Felke	SPD	ab 17:26 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	bis 18:28 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	ab 14:04 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	bis 18:00 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	bis 17:31 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	bis 18:33 Uhr
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	bis 17:56 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:04 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung
Herr Drago Bock	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	parteilos
Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Gertrud Ewert	SPD
Frau Katharina Hintz	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur Sondersitzung des Stadtrates und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Werner Nedon zur Informationen beim Hochwasser

Zu Beginn seiner Anfragen führte **Herr Nedon** aus, dass Abwehrmaßnahmen vor möglichem Hochwasser abhängig davon seien, wie gut und wie genau man den Pegelstand verfolgen könne und damit eine Orientierung habe, wann wie viel eintreten könnte. Für Halle liege die Vorwarnzeit bei 1,5 Tagen und der gegenwärtige Hochwassermeldepegel sei der Pegel Halle-Trotha.

Herr Nedon fragte an:

1. Ist es richtig, dass genauso, wie auch bereits im Januar 2011, so auch in diesem Jahr, die täglichen Hochwasservorhersagen für die Saale seitens der Landesbehörden gegenüber der Stadt lediglich lauteten, steigend, gleichbleibend oder fallend?
2. Ist es richtig, dass es auch in diesem Jahr keine behördlichen und auf einen Eintrittszeitpunkt orientierten Pegel-Vorhersagen gab, an denen sich dann die Einsatzleitstelle bzw. der Oberbürgermeister orientieren konnte, um geeignete Maßnahmen einzuleiten?
3. Was möchte der Oberbürgermeister einleiten, damit die Bürger künftig besser informiert werden?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei Herrn Nedon für die Anfragen und beantwortete die Fragen 1. und 2. mit ja.

Zum Hochwasserpegel informierte er, dass aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren der Pegel Trotha UP genutzt werde, um Gefahren- und Katastrophenschutzlagen zu beurteilen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab Herrn Nedon im dem Maße recht, dass die Situation innerhalb des Landes, was die Hochwasservorhersagen anbelange, zu verbessern sei. Jedoch haben diese bei den Katastrophenschutz- und Schutzmaßnahmen, die innerhalb der Stadt ergriffen werden, wenig Einfluss, da man sich hier nach der örtlichen Situation richte. Bei dem letzten Hochwasser gab es keine Vorhersagen. Die Schätzungen gingen immer in unterschiedliche Richtungen, deshalb könne er an dieser Stelle dem Land nichts vorwerfen. Auch sei das Land dabei, den Internetauftritt und Vorhersagen zu optimieren.

Die Stadt Halle (Saale) werde im Hochwasserbericht näher informieren. Dieser Bericht werde im Ordnungs- und Umweltausschuss den Stadträten zur Information gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte weiterhin aus, dass man zukünftig versuchen werde, den Pegel in Röpzig zu nutzen, um zu einem früheren Zeitpunkt auf mögliches Hochwasser reagieren zu können.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass er die genannten Fragen auch mit dem Land besprechen werde.

Frau Katrin Moeller zum geplanten Deichbau

Frau Moeller informierte darüber, dass sie am Sophienhafen wohne und in diesem Jahr auch vom Hochwasser betroffen war. In Bezug auf den geplanten Deichneubau zum Schutz von Halle-Neustadt fragte **Frau Moeller** an:

1. Warum wird hier mein Leib und Leben, wie das Leib und Leben vieler Anwohner in der Altstadt und in der Klaustorvorstadt zusätzlich gefährdet?
2. Wie kann es sein, dass mit dem Argument, man schütze Leib und Leben, hier sehr wertvolle Überschwemmungsflächen vernichtet werden, die für die Altstadt einen wichtigen Schutz bieten?

Frau Moeller übergab an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand eine Online-Petition, die den Deichbau für Halle-Neustadt in dem Maße unterstützt, dass auch die Interessen der Anwohner auf der anderen Saalseite mit einbezogen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass klar nachweisbar in einem Gutachten bestätigt wurde, dass es keine höheren Pegelstände durch eine Veränderung der Dammlinie, gleich wie sie auch zukünftig aussieht, geben werde.

Das vorliegende Gutachten wurde vom Land in Auftrag gegeben. Mit wissenschaftlichen Berechnungen sei hier belegt, dass keine Gefährdungen vorliegen. Er verwies darauf, dass bei anderslautenden Gutachten er in keiner Weise die Anordnung des Dammbaues vorgenommen hätte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass er niemanden gefährden wolle, auch nicht die Menschen in der Klaustorvorstadt oder an anderen Orten der Stadt und er verwahrte sich gegen die Behauptung von Frau Moeller, dass er das Leben vieler Anwohner gefährde.

Weiterhin merkte er an, dass letztendlich das Land anhand des Gutachtens die neue Dammlinie festlegen werde.

Abschließend teilte **Frau Moeller** mit, dass sie das vorliegende Gutachten anzweifle.

Herr Ronald Patzwald zum Talsperrenspiegel

Herr Patzwald fragte nach, ob die Stadt Halle (Saale) schon einmal mit dem Talsperrenmanagement Thüringen dazu verhandelt habe, die Talsperrenwasserstände abzusenken, da es eine neue Situation der Niederschläge gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass sich der Landesbetrieb für Hochwasserschutz schon seit 2011 in Verhandlungen mit dem Talsperrenmanagement Thüringen befinde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 45 Mitglieder des Stadtrates (80,36 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/11971

Herr Kley, FDP-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass diese im Wesentlichen aufgrund der Kürze der Einladung zur Sondersitzung verursacht wurde. Es gäbe die 14-tägige Einladungsfrist des Oberbürgermeisters, aber eine dreiwöchige Antragsfrist des Rates und damit konnte zum Zeitpunkt der Einladung die reguläre Antragsfrist nicht eingehalten werden.

Zum anderen sei es auch deshalb dringlich, weil für den Stadtrat unbekannt sei, welche Rechtsstreite mit dem Land derzeit noch laufen.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11971 mehrheitlich zugestimmt

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, MitBürger für Halle - NEUES FORUM, zur Finanzierung der Theater Oper und Orchester GmbH
Vorlage: V/2013/12039

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass sich in der am 06.09.2013 stattgefundenen Aufsichtsratssitzung eine einstimmige Beschlusslage ergeben habe und der Inhalt des Antrages dieser Beschlusslage entspreche.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12039 mehrheitlich zugestimmt

Bestellung eines Sanierungsbevollmächtigten für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2013/12043

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begründete zur Dringlichkeit, dass die Entscheidung für die Bestellung eines Bevollmächtigten ausschließlich in der Kompetenz des Gesellschafters liege, er aber aufgrund seiner abgegebenen Selbstverpflichtung diese Vorlage in den Stadtrat einbringen wolle.

Weiterhin führte er aus, dass er beabsichtige, ab dem 12.09.2013 einen Sanierungsbevollmächtigten für die Theater, Oper und Orchester GmbH zu bestellen und dementsprechend sei die Dringlichkeit gegeben und er bat den Stadtrat, dieser Entscheidung zustimmen.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: abgelehnt
Vorlage: V/2013/12043

Damit konnte der Dringlichkeitsantrag nicht auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

8.3 Resolution zum Erhalt der Theater, Oper und Orchester GmbH in Halle
Vorlage: V/2013/12042

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, führte dazu aus, dass in Dessau-Roßlau der Stadtrat eindeutig hinter dem Theater stehe und in Halle (Saale) über eine Insolvenz diskutiert werde. Man wolle keine weitere Beschädigung der Arbeit des Theaters durch eine nicht zulässige Diskussion über eine Insolvenz, denn die Theater, Oper und Orchester GmbH sei für 2013/2014 zahlungsfähig. Und Beschlüsse, dass sie 2014/2015 nicht mehr zahlungsfähig sein würde, sind weder vom Land noch von der Stadt bisher getroffen.

Mit der Resolution wolle man vom Land eine klare Perspektive für die Kultur erreichen und deutlich machen, dass der Stadtrat bereit sei, für eine attraktive Kulturlandschaft mitzuwirken.

Herr Schramm sprach sich für die Zustimmung zur Resolution aus und merkte dazu an, dass der Stadtrat Dessau-Roßlau am 28.08. eine nahezu gleichlautende Resolution beschlossen habe und der Kultusminister mit den Fraktionsvorsitzenden der Stadt Dessau-Roßlau in die Diskussion treten wolle.

Abschließend wies er darauf hin, dass man im Moment nicht bereit sei, darüber zu diskutieren, ob das Händelfestspielorchester in die Trägerschaft des Landes übernommen werden soll.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/12042 mehrheitlich zugestimmt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass nachfolgender Änderungsantrag bzw. Ergänzungen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
nach dem Hochwasser 2013" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11938)
Vorlage: V/2013/12040

Und zum TOP

6.1 Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale)
nach dem Hochwasser 2013
Vorlage: V/2013/11938
wurde ein Ergänzungsblatt verteilt.

Weiterhin wies **Herr Bartl** darauf hin, dass die für den nicht öffentlichen Teil schriftlich eingereichte Anfrage von Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Beschaffung der mobilen Eisanlage, im öffentlichen Teil behandelt wird.

Bezugnehmend auf die Tagesordnung brachte **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass keine Tagesordnungspunkte zu den Widersprüchen des Oberbürgermeisters zu zwei Stadtratsbeschlüssen aus der letzten Stadtratssitzung im Juli zur heutigen Sitzung vorliegen. Sie zitierte dazu aus dem Kommentar zur Gemeindeordnung: „Handelt es sich um einen eilbedürftigen Verhandlungsgegenstand bei einem Widerspruch in der zweiten Behandlung, so ist unverzüglich, gegebenenfalls bereits am nächsten Tag, über den Widerspruch zu entscheiden.“

Als Stadtrat habe man diese Dringlichkeit anerkannt und sie fragte an, warum die Themen Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH und Honorare für Lehrer am Konservatorium, die nach der Honorarsetzung der freien Mitarbeiter bezahlt werden, nicht auf der Tagesordnung stehen.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass diese Themen zu den regulären Sitzungen besprochen werden sollen und es sich derzeit um eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema Hochwasser handele.

Zum Thema der Gebührensätze für das Konservatorium informierte er, dass er sich dazu vor der Stadtratssitzung mit Frau Dr. Bergner in Verbindung setzen wolle und der TOP zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH auf die Tagesordnung der nächsten regulären Stadtratssitzung komme.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, merkte zur Tagesordnung an, dass im Punkt

10.1 Notstandsmaßnahme zur Errichtung eines Dammes entlang der Halle-Saale-Schleife

das Wort *Notstandsmaßnahme* durch **Maßnahme** ersetzt werden müsse, da inzwischen durch zwei Gerichte festgestellt wurde, dass das Polizeigesetz nicht anwendbar wäre und damit keine Notstandsmaßnahme vorliegen könne. Er beantragte eine Änderung der Bezeichnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der vorgeschlagenen Änderung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013
Vorlage: V/2013/11938
 - 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11938)
Vorlage: V/2013/12040
7. Wiedervorlage
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/11971
 - 8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, MitBürger für Halle - NEUES FORUM, zur Finanzierung der Theater Oper und Orchester GmbH
Vorlage: V/2013/12039
 - 8.3 Resolution zum Erhalt der Theater, Oper und Orchester GmbH in Halle
Vorlage: V/2013/12042
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Mitteilungen
 - 10.1 Maßnahme zur Errichtung eines Dammes entlang der Halle-Saale-Schleife
11. mündliche Anfragen von Stadträten
 - 11.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umzügen innerhalb des Fachbereiches Bildung
 - 11.2 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Beschaffung der mobilen Eisanlage
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht

**zu 4.3 Vergabebeschluss: FB 37-L-01/2013: Lieferung von 4 Stück Rettungs-
transportwagen entsprechend DIN EN 1789 für den Rettungsdienst der
Stadt Halle (Saale) und den nördlichen Saalekreis
Vorlage: V/2013/11756**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma SYSTEM STROBEL GmbH & Co. KG aus Aalen mit einer Bruttosumme von 434.323,93 € den Zuschlag zur Lieferung von 4 Rettungswagen zu erteilen.

**zu 4.4 Rechtsstreit mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wegen
Mittelzuweisung nach dem ÖPNVG LSA für das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/11874**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 17.06.2013 über die Mittelzuweisung zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs für das Kalenderjahr 2012 Klage vor dem Verwaltungsgericht Halle zu erheben.

**zu 4.5 Absicherung des Eishockeysports in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11873**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, die zur Umsetzung erforderlichen Handlungen und notwendigen Verträge zu Planung, Kauf und Aufbau einer mobilen Eisfläche, ligatauglicher Eishockeybande und Eispflegezubehör bis zu einer Höhe von insgesamt 660.000 Euro brutto abzuschließen.
2. Er wird weiterhin ermächtigt, die zur Absicherung des Eishockeysports notwendigen Handlungen und Verträge mit Dritten wie etwa der Messe Halle GmbH (Zuschussvereinbarung) im Rahmen des bisherigen Haushaltsansatzes zu schließen.
3. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung im Haushaltsjahr 2013 für die Beschaffung einer mobilen Eisanlage (PSP-Element: 7.520058.700.400; Kostenart: 78310000) in Höhe von bis zu 660.000 EUR. Die Deckung erfolgt zu 100% aus Fördermitteln des Landes im Rahmen der „Fluthilfe“ (PSP-Element: 7.520058.705.118; Kostenart: 68110000).

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters vor.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013 Vorlage: V/2013/11938

zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11938) Vorlage: V/2013/12040

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass die Verwaltung aufgrund der Richtlinie des Landes zur Flut gehalten sei, einen Maßnahmenplan aufzustellen, der Grund der heutigen Sondersitzung sei.

Voraussetzung für die Vorlage des Maßnahmenplanes beim Land ist ein Stadtratsbeschluss, welcher in der heutigen Sitzung herbeigeführt werden müsse, um den Abgabetermin beim Land, 15.09.2013, einzuhalten.

Auf die Anfrage von **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob die Anforderungen des Landes bei der Erstellung des Maßnahmenplanes berücksichtigt worden sind, teilte **Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**, mit, dass der vorgelegte Maßnahmenplan als Anlage 1 der Beschlussvorlage vollumfänglich den Anforderungen entspreche, welche das Land Sachsen-Anhalt eingefordert habe. Die zeitliche Reihenfolge spiegelt sich in der laufenden Nummerierung wider und die Sortierung sei nach Beginn und Abschlusszeitpunkt erfolgt.

Der Maßnahmenkatalog sei vor dem Hintergrund aufgestellt, dass das Land feststellen könne, wie in Zukunft die Mittelabflüsse erfolgen werden und welche Schadensprioritäten zu setzen sind. Der Katalog stellt eine erweiterte Schadensmeldung dar, die die Schadensqualität und die Reihen- und Rangfolge der Abarbeitung deutlich machen soll, um entsprechende Haushaltsmittel zu planen.

Herr van Rissenbeck führte weiterhin aus, dass von den 8 Mio. € Fördermitteln Fluthilfe des Bundes derzeit 2,4 Mio. € in Sachsen-Anhalt ankommen sollen, welche einem gemeldeten Schaden von ca. 2,7 Mio. € gegenüberstehen.

Desweiteren verwies er darauf, dass die im Maßnahmenkatalog dargestellten Schäden nicht alle Schäden beinhalten, die ursprünglich angemeldet waren, da sich zum Teil einige schon durch Spenden, Versicherungsleistungen oder Eigenleistungen erledigt hätten.

Die laufende Nummerierung sei auch gleichzeitig die Reihenfolge der Abarbeitung, wie sie von den Fachbereichen gemeldet worden sind und er machte deutlich, dass die vorliegende Maßnahmenliste ausschließlich Schäden beinhalte, die an den infrastrukturellen Einrichtungen der Stadt Halle (Saale) geschehen sind.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass wegen der kurzfristigen Übergabe der Unterlagen eine Prüfung kaum möglich war. Auch wäre die Vorlage sehr schwer nachzuvollziehen, weil zu den einzelnen Maßnahmen keinerlei Erläuterungen enthalten seien. Man könne nicht beurteilen, ob die Maßnahmen tatsächlich gerechtfertigt sind oder nicht bzw. inwieweit Schäden an der Infrastruktur entstanden sind.

Er merkte weiterhin an, dass er bei einigen Punkten Zweifel habe, ob die Maßnahme tatsächlich den Anforderungen der Richtlinie entspreche. Trotzdem werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen, damit das Landesverwaltungsamt mit der Stadt in eine Diskussion treten könne, um zu einer Lösung zu kommen.

Zum Änderungsantrag seiner Fraktion führte **Herr Wehrich** aus, dass nicht nachvollziehbar sei, warum bei den Maßnahmen auf die Regularien der Hauptsatzung verzichtet und der Stadtrat bei den einzelnen Maßnahmen nicht mehr zustimmen solle.

Mit der Streichung des zweiten Satzes im Beschlussvorschlag werde deutlich gemacht, dass die Hauptsatzung einzuhalten ist und über alle Maßnahmen, die die entsprechenden Wertgrenzen überschreiten, im Stadtrat befunden werden muss.

Aus diesen genannten Gründen bat er um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, ob alle Anträge berücksichtigt worden sind und merkte dazu an, dass sie zum Beispiel im Teil B die Gewerbetreibenden und freien Unternehmer nicht finden könne.

Desweiteren fragte sie an, welche Kriterien angesetzt worden, da beispielsweise eine Galerie hohe Ersatzmaßnahmen bekomme und eine andere Galerie nicht.

Auch könne sie die Reihenfolge der Maßnahmen nicht nachvollziehen und sie bat um eine Aussage dazu.

Zur Reihenfolge der Maßnahmen informierte **Herr van Rissenbeck**, dass diese auf dem Zeitpunkt der Bestellung des Ersatzgutes bzw. der Rechnungslegung erfolgte.

Zum Teil B - Private und wirtschaftliche Unternehmen - teilte **Herr van Rissenbeck** mit, dass diese laut Richtlinie nicht im infrastrukturellen Maßnahmenkatalog der Stadt Halle (Saale) zu erfassen seien. Wirtschaftliche Unternehmen könnten jederzeit und umfangreich Anträge stellen, welche nach seiner Kenntnis bei der Wirtschaftsförderung gebündelt und von dort der Investitionsbank übergeben werden.

In dem vorliegenden Maßnahmenkatalog seien die vier Schwerpunkte Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur, wobei bei den Sportstätten nur die zu beantragen sind, die mit Schulgebäuden zu tun haben, berücksichtigt worden. Die anderen seien nur nachrichtlich aufgeführt, da diese selbständig bei der Investitionsbank ihre Anträge stellen können. Ebenso wurde die wasserwirtschaftliche Infrastruktur wie Wasser, Abwasser und Hochwasserschutz erfasst.

Herr van Rissenbeck versicherte, dass alle erfassten Maßnahmen Schäden aufweisen würden und sich der konkrete Umfang erst bei Antragstellung und entsprechenden Begutachtungen zeigen werde.

Abschließend verwies er darauf, dass alle eingegangenen Anträge bearbeitet und in den Maßnahmenkatalog eingeflossen sind.

In Bezug auf die Qualität des Maßnahmenplanes teilte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, mit, dass er von der Verwaltung mehr erwartet habe und verwies dabei auf die Beschreibung der einzelnen Maßnahmen, welche oft nicht erkennen lasse, was sich dahinter verberge.

Trotzdem werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Herr Kley erklärte weiter, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90//DIE GRÜNEN von seiner Fraktion voll umfänglich unterstützt werde, da auch sie der Meinung sind, dass bei einer Fördermittelzusage des Landes nicht schlagartig ein Vorhaben umgesetzt werden könne, ohne die Zustimmung des Rates einzuholen. Und zur Einrichtung der Haushaltsstelle gehe er davon aus, dass diese im Nachtragshaushalt in ordnungsgemäßer Form aufgeführt werde.

Abschließend machte **Herr Kley** noch einmal deutlich, dass man zur heutigen Sitzung eigentlich eine Einführung in die einzelnen Vorhaben erwartet hätte und die knappe Information des Rates durch die Verwaltung bedauerlich sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte die Bedenken und Fragen der Vorredner, bedankte sich aber bei der Arbeitsgruppe der Verwaltung für die umfangreiche Zusammenstellung der Maßnahmen.

In Bezug auf die Maßnahmenliste wies er darauf hin, dass hier maximale Transparenz und die Erläuterung der Vorlage in den Fraktionen im Vorfeld wichtig gewesen wäre. Trotzdem trage man die Liste mit und wünsche sich eine große Mehrheit dazu, damit in Magdeburg deutlich werde, dass auch der Stadtrat hinter den Maßnahmen stehe.

Herr Krause führte weiter dazu aus, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorbehaltlos unterstütze und in diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung, in regelmäßigen Abständen über den Stand der Abarbeitung im Stadtrat zu informieren.

Zur Position 249 - Katastrophenschutz - mit einem Schadensfall von 18 Mio. € für einen Neubau, fragte **Herr Krause** an, ob das Katastrophenschutzzentrum an einen anderen Standort umziehen soll und wenn ja, wohin.

Ebenso fragte er nach, wie damit umgegangen werde, wenn Institutionen und Einrichtungen zweckgebundene Spenden schon erhalten haben.

Desweiteren fragte er nach der wirklichen Schadenshöhe für die Eissporthalle.

Zu den von Herrn Krause gestellten Fragen führte **Herr van Rissenbeck** aus, dass Spenden natürlich auf die Schadenssumme angerechnet werden.

Das Land habe in einer Informationsveranstaltung ganz klar dazu festgestellt, dass sie großzügig damit umgehen werden, wenn der Träger Eigenleistungen erbringen müsse. Die Spenden werden zunächst auf die Eigenleistung angerechnet und dann erst der Fördermittelansatz festgestellt. Vom Grundsatz her gelte aber die Aussage, dass zweckgebundene Spenden voll auf die Schadenshöhe angerechnet werden.

Zur Eissporthalle äußerte sich **Herr van Rissenbeck** dahingehend, dass die Richtlinie klar aussage, dass eine Finanzierung zur Wiederherstellung des gängigen technischen Standards erfolge.

Dies sei in Bezug auf die Eissporthalle noch zu klären. Die Begutachtung der Eissporthalle ist in Auftrag gegeben und soll bis zum Wochenende vorliegen.

Zum Katastrophenschutzzentrum stellte **Herr van Rissenbeck** klar, dass damit ein Neubau gemeint sei, denn derzeit standen die Telekom und die Energieversorgung vor der Frage der Abschaltung von Strom und Telefon, da eine Bedrohung durch Hochwasser über den Passendorfer Damm vorlag.

Bis zum Antragsschluss für alle Anträge, am 30.06.2014, müsse von Fachleuten geprüft werden, ob das alte Gebäude so ertüchtigt werden könne, dass es entsprechend geschützt ist oder ob ein Neubau an anderer Stelle erforderlich wird.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, schloss sich dem Lob an die Verwaltung für die umfangreiche Darstellung der Maßnahmen an, bedauerte aber den kurzfristigen Eingang der Unterlagen, da es dadurch nicht möglich war, weitere Informationen einzuholen.

Auch teile seine Fraktion die Bedenken der anderen Fraktionen, dass man das Mitspracherecht bei der Umsetzung der Maßnahmen nicht abgeben dürfe und deshalb werde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt und diesem auch zugestimmt.

Da auch seine Fraktion zu einigen Punkten Nachfragen habe, machte **Herr Lange** den Vorschlag zum weiteren Verfahren, seitenweise die ersten 16 Seiten zu besprechen. Sollte dem nicht zugestimmt werden, werde er die Fragen seiner Fraktion im Block stellen.

Der Verfahrensvorschlag von Herrn Lange wurde nach Rückfrage durch **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, von den Stadträten abgelehnt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, knüpfte an die Ausführungen von Herrn Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an und führte aus, dass man nicht in der Lage sei, die aufgelisteten Maßnahmen fachlich und sachlich zu bewerten. Und deshalb übernehme man auch mit dem heutigen Beschluss keine Verantwortung über die fachliche und sachliche Richtigkeit dieser Angaben.

Gleichwohl müsse das Verfahren in Gang gesetzt werden, um die entsprechenden Unterlagen einzureichen.

Desweiteren gehe er davon aus, dass bei der Antragstellung eine konkrete sachliche und fachliche Bewertung erfolgen wird und deshalb halte er eine Diskussion über die einzelnen Maßnahmen jetzt nicht für sinnvoll.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, regte an, bei der konkreten Antragstellung die einzelnen Maßnahmen ausführlich zu beschreiben, damit diese vom Fördermittelgeber nicht abgelehnt bzw. Fördermittel zurück geholt werden können.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte dazu an, dass mit der Zustimmung zur Vorlage die Stadträte eine Verantwortung übernehmen würden, die sie eigentlich gar nicht imstande wären, zu übernehmen.

Auch er verwies darauf, die Beschreibung der Maßnahmen ausführlicher zu gestalten und nannte als Beispiel die Maßnahme Trasse 60 - Neubau, wo nicht ersichtlich wäre, um was es sich hier handelt. Trotzdem werde seine Fraktion dem Maßnahmenkatalog zustimmen.

Weiter verwies er darauf, dass der Verwaltung dahingehend vertraut werde, dass die Vollständigkeit gegeben ist und die Dimensionen der Ansätze stimmen und im weiteren Verfahren der Antragstellung gegenüber dem Land die Stadträte auch informativ mit einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang nannte **Herr Bönisch** als Beispiel die Maßnahme Neubau Katastrophenschutzgebäude. Hier sei zu klären, ob im Antrag auch schon ein Standort benannt werden müsse. Sollte dies der Fall sein, müsse vorab der Stadtrat bei der Standortentscheidung mit beteiligt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Bönisch zu, und wies darauf hin, dass die Maßnahmenliste in der so vorliegenden Darstellung beim Land vorgelegt werden müsse.

Auch gäbe es für alle aufgeführten Punkte umfangreiches Antragsmaterial und zum Teil schon Gutachten und wenn der Vorschlag von Herrn Lange, Fraktion DIE LINKE, angenommen werde, könnten die im Nebenraum liegenden Unterlagen eingesehen und erörtert werden.

Zum vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass es selbstverständlich sei, dass die Verwaltung jede einzelne Maßnahme im Stadtrat vorlege und entsprechend der Gremienzuständigkeit die Beantragung erfolgen wird.

Zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Einnahmen fragte **Herr Bönisch** an, worauf diese basieren und **Herr van Rissenbeck** teilte dazu mit, dass laut Richtlinie auch vorbereitende Maßnahmen und Begutachtungen der Schäden gefördert werden. Deshalb sei davon auszugehen, dass auf jeden Fall diese Gutachten mit finanziert werden, unabhängig davon, wie hoch der Schaden ist.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass man in seiner Fraktion sehr überrascht war über die umfassende und klare Lesbarkeit der Vorlage und stellte in diesem Zusammenhang fest, dass der Inhalt der Vorlage eine Schadensmeldung sei und es sich hierbei nicht um Maßnahmenanträge handelt.

In Bezug auf die Antwort von Herrn van Rissenbeck zur Finanzierung vorbereitender Maßnahmen machte **Herr Wolter** darauf aufmerksam, dass er diesen Passus in der Richtlinie nicht erkennen könne und es auch keinerlei Ausführungen zu Gutachten darin gäbe.

Ebenfalls sei die Frage zu klären, ob Planungsvorgänge zu den Maßnahmen in den Kostenschätzungen oder in den anderen vorbereitenden Leistungen zu Hochwasserschäden enthalten sind.

Herr van Rissenbeck antwortete darauf, dass man im Moment davon ausgehe, dass alle 266 Maßnahmen in irgendeiner Art und Weise förderfähig sind, da dort ein Schaden vorliege, der aus dieser Richtlinie zu finanzieren sei.

Und bei den Gutachten und vorbereitenden Maßnahmen gäbe es die Regelung nach Punkt e der Richtlinie, in welcher unter Punkt 2.5 die Fördergegenstände aufgelistet sind. Diese seien Kosten für vorbereitende Arbeiten, Kosten für Leistungen von Beauftragten, die Vorbereitung und die Durchführung der Maßnahmen. Dazu gehören seiner Ansicht nach auch die Gutachten und deshalb gehe er davon aus, dass die Stadt die Finanzierung auch in diesem Kostensegment erhalten wird.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, verwies darauf, dass die Mittel vom Bund und Land solidarisch verteilt werden sollen und er appellierte deshalb an einen verantwortungsbewussten Umgang damit.

Ihm sei aufgefallen, dass bei einigen Maßnahmen der Sachzusammenhang nicht deutlich sei und er nannte als Beispiel den Birkhahnweg in Diemitz. Dies müsse bei der tatsächlichen Beantragung klar bereinigt sein, denn er wolle sich nicht vorwerfen lassen, dass man sich als Stadtrat unlauter bereichern und daraus ein Konjunkturprogramm machen wolle.

Aus diesem Grund schlug **Herr Dr. Köck** vor, die Maßnahmenliste zu bestätigen und die konkreten Maßnahmen vor der endgültigen Antragstellung durch die Verwaltung im Stadtrat zu diskutieren.

Herr Lange bezog sich in seiner Anfrage auf die Auflistung, wonach bei 99 Maßnahmen der Umsetzungszeitraum in der Vergangenheit liege und er fragte an, ob es dazu noch Informationen geben wird.

Desweiteren stellte **Herr Lange** nachfolgende Fragen:

Seite 6, Maßnahme 181 *Grundwasserabsenkung Halle-Neustadt*

Es gab verschiedene Lösungsvarianten, die auch diskutiert worden, Spundwand oder Brunnengalerie, was soll dort passieren?

Seite 6, Maßnahme 116 *Hafenstraße - Grundinstandsetzung*

Da sind Hochwasserschäden entstanden und die sollen beseitigt werden oder was soll dort passieren?

Seite 7, Maßnahme 117 *Ersatzneubau der Halle-Saale-Schleife*

Soll die gesamte Halle-Saale-Schleife neu gebaut werden oder was ist damit verbunden?

Seite 7, Maßnahme 182 *Händelhalle - Schutzmaßnahme*

Welche Schutzmaßnahmen sollen dort stattfinden oder sollen dort auch Hochwasserschäden beseitigt werden?

Seite 7, Maßnahme 183 *Gasometer am Holzplatz - Wiederverfügbarkeit*

Wofür soll das Gasometer wieder verfügbar werden? Was plant dort die Stadt? Welche Folgekosten entstehen dadurch?

Seite 11, Maßnahmen 50 und 83 *Bühnen auf der Peißnitzinsel*

Was soll bei den Bühnen passieren und inwieweit kann dafür gesorgt werden, dass es bei der nächsten Überschwemmung nicht erneut Investitionsbedarf gibt?

Seite 11, Maßnahme 41 *Planetarium - Ersatzneubau*

Was ist dort geplant? Soll der Standort verändert werden? Wenn ja, wohin? Und wenn der Standort nicht verändert werden soll, wird es dann einen Neubau geben, der so gebaut ist, dass man es an der Stelle weiterbetreiben kann?

Seite 13, Maßnahme 197 *Makarenkoschule - Schutzmaßnahmen Schulgebäude*

Stimmt es, dass das Gelände der Luxemburg-Schule, welches hinter der Makarenkoschule liegt, verkauft werden soll?

Wäre für die Makarenkoschule, für die Summe, die in der Maßnahmenliste aufgeführt ist, die Möglichkeit, an dem Standort ein Integratives Zentrum zu errichten, in welchem vielleicht auch die Fröbel-Schule mit einbezogen werden könnte?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass man sich darauf geeinigt hatte, nicht ins Detail zu gehen, da es nicht möglich sei, auf die Fragen konkret mündlich zu antworten.

Dem konnte **Herr Lange** nicht zustimmen und er brachte zum Ausdruck, dass schon einige Fragen von Fraktionen durch die Verwaltung beantwortet worden sind und jede Fraktion das Recht habe, ihre Fragen zu stellen. Er machte weiterhin deutlich, dass man über Maßnahmen rede, die in Millionenhöhe angesetzt sind und deshalb wolle er wissen, ob es Folgekosten gibt und was sich konkret hinter den Maßnahmen verbirgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug eine Unterbrechung der Sitzung von 30 Minuten vor, um die Unterlagen zu sichten und die Beantwortung der gestellten Fragen vorzubereiten.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach der Maßnahme zum Ersatzneubau des Deiches durch Herrn Oberbürgermeister im Wert von 4,9 Mio. €, welche im vorliegenden Maßnahmenkatalog nicht aufgeführt sei.

Damit die Verwaltung die Beantwortung der Anfragen aufarbeiten könne, regte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, eine Pause von 30 Minuten an.

Bezugnehmend auf die Anfragen zum Maßnahmenkatalog machte **Herr van Rissenbeck** noch einmal deutlich, dass die vorliegende Maßnahmenliste keine Liste von Anträgen sei, sondern eine Auflistung von Schadensmeldungen.

Das Antragsverfahren laufe bis zum 30.06.2014 und er informierte, dass es schon Maßnahmen gäbe, für die jetzt Anträge gestellt werden können. Dies wären zum Beispiel die Maßnahmen, die schon ausgeführt sind, denn laut Richtlinie könne jeder Schaden ab Hochwasserbeginn geltend gemacht werden.

Zur Anfrage von Herrn Bönisch zur Trasse 60 informierte **Herr van Rissenbeck**, dass es sich dabei um die Heizleitung handelt, welche am Ruderkanal quer durch die Saaleaue nach Halle-Neustadt gehe. Diese sei durch das Hochwasser beschädigt worden und müsse komplett erneuert werden.

Zur Händelhalle informierte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass es durch den veränderten Hochwasserspiegel in Zukunft andere hydrostatische Drücke im Untergrund gäben werde. Und wenn man mit höheren Hochwassern rechnen müsse, sei es erforderlich in den Baugrund einzugreifen und die weißen Wannen zu ertüchtigen und bauliche Maßnahmen zu treffen.

Im Detail sei dazu noch eine Begutachtung notwendig. Der Baugrund der Händelhalle müsse noch untersucht werden und man habe erst einmal das Maximum angemeldet, welches dann mit dem Gutachten untersetzt werden müsse.

Herr Beigeordneter Neumann verwies darauf, dass es sich dabei um eine Schutzmaßnahme handeln würde und durch das Hochwasser kein Schaden entstanden sei.

Zur Maßnahme Grundwasserabsenkung, Hafestraße, Halle-Saale-Schleife führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass bezogen auf die einzelnen Maßnahmen für die Straßen noch Baugrundgutachten in Auftrag gegeben werden müssen, um die konkrete Schadenshöhe zu ermitteln. Im Moment habe man eine Schätzung angegeben, welche sich am oberen Bereich bewege.

Bei der Hafestraße handelt es sich um Schäden an der Profilebenheit, der Oberfläche und den Fugen auf ca. 400 m Straßenabschnitt.

Bei der Halle-Saale-Schleife, Ersatzneubau, gehe es um zwei Themen in einem Bereich. Zum einen um die Grundinstandsetzung außerhalb des neuen Deichverlaufes in nördlicher und südlicher Richtung und zum anderen um die Anpassung der Linienführung der Halle-Saale-Schleife an eine neue Deichführung. Auch hier sei es notwendig, ein Baugrundgutachten in Auftrag zu geben.

Bezogen auf die Maßnahme 182 - Grundwasserabsenkung teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass es dabei um eine Ertüchtigung/Neubau der Brunnengalerie gehe und Zielsetzung die optimierte neue Brunnengalerie sei. Die Dichtwand werde dabei nicht weiter verfolgt.

Herr van Rissenbeck führte zum Gasometer - Wappel-Haus an, dass hier die Standfestigkeit geprüft und als Veranstaltungsstätte wieder in seinen alten Zustand gebracht werden müsse.

Zu den Maßnahmen Peißnitzbühne, Peißnitzhaus und Planetarium merkte **Herr Beigeordneter Neumann** an, dass es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, einen absoluten Hochwasserschutz zu erreichen.

Er führte aus, dass beim Peißnitzhaus Schäden beseitigt und künftige Schutzmaßnahmen durch die Freilegung der Gewölbe veranlasst werden müssen.

Auf der Peißnitzbühne seien die technischen Anlagen beschädigt und diese sollen jetzt so hoch angebracht werden, dass sie bei einem künftigen Hochwasser nicht in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Beim Planetarium gehe man davon aus, dass es nicht möglich sei, das Gebäude an gleicher Stelle dauerhaft gegen Hochwasser zu schützen und deshalb ein Ersatzbau geplant werde. Die Standortentscheidung für das Planetarium müsse dann vom Stadtrat getroffen werden.

Herr Beigeordneter Neumann teilte zu den Maßnahmen Makarenschule und BBS III mit, dass an diesen Schulen zwar keine erheblichen Schäden entstanden seien, verwies aber darauf, dass es dort hydrostatische Drücke gäbe, welche sich auf die Gebäude auswirken könnten und deshalb gutachterlich untersucht werden müssen.

Sollte man zur Erkenntnis kommen, die Gebäude künftig nicht mehr als Schule zu nutzen, werden an dieser Stelle keine Investitionen getätigt. Es müsse dann entschieden werden, wie der Standort genutzt werden soll.

Im Moment wurde ein möglicher Maximalschaden angemeldet.

Zum Thema Eissport erläuterte **Herr van Rissenbeck**, dass die Eissporthalle zur sportlichen Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) gehöre und von daher, unabhängig von der Trägerschaft, in dieser Maßnahmenliste aufgeführt sei, da ein Schaden vorliege.

Und da sich abzeichnet, dass im Verlauf des Antragsverfahrens die Trägerschaft wieder an die Stadt Halle (Saale) zurückfällt, sei die Einzelmeldung und Maßnahmenbeschreibung im Namen der Stadt Halle (Saale) erfolgt.

Bis zum Wochenende soll ein abschließendes Gutachten zur Eissporthalle vorliegen und auch hier zeichne sich ab, dass eine Wiederherstellung und Nutzungsfähigkeit der Eissporthalle unter den gegebenen technischen Standards und Voraussetzungen nur durch einen Neubau zu realisieren wäre.

Auf die Nachfrage von Frau Raab zum Einzelantrag des MEC teilte **Herr van Rissenbeck** mit, dass der MEC den Antrag schon vor Wochen bei der Investitionsbank gestellt und darin den Ersatz für verlustig gegangene Faxgeräte und ähnliches Inventar beantragt habe.

Die Anfrage zum Robert-Franz-Ring, Talstraße wurde durch **Herrn Beigeordneter Stäglin** dahingehend beantwortet, dass noch entsprechende Baugrundgutachten notwendig seien, um den wirklich konkreten Schaden für die Antragstellung beziffern zu können.

In der Talstraße betreffe es den Bereich von der Unteren Papiermühlenstraße bis Ernst-Grube-Straße, also 1.200 m, die betrachtet werden müssen.

Zum Passendorfer Damm informierte **Herr van Rissenbeck**, dass dieser eine Einrichtung des Landes sei und deshalb auf der kommunalen Infrastrukturliste der Stadt Halle (Saale) nicht aufgeführt wurde.

In Bezug auf die Richtlinie des Landes wies **Herr van Rissenbeck** darauf hin, dass diese am 02. August 2013 veröffentlicht wurde und seit dem 05. August die Verwaltung an der Auflistung der Maßnahmen arbeite.

Auch wurde die Richtlinie am 23. August noch einmal verändert und ebenso in dieser Woche, da jetzt auch die Kleingärten mit aufgenommen worden sind. Die Schadensmeldung der Kleingärtner betrage ungefähr 2,1 Mio. €.

Herr van Rissenbeck verwies weiter darauf, dass die Nachmeldungen auch noch beim Landesverwaltungsamt, ebenso wie die Kostenerstattung der Spritkosten während des Katastropheneinsatzes, angemeldet werden müssen.

Zur Doppelbeantragung Gimritzer Damm teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass es im Moment als Doppelbeantragung laufe, aber es eine Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt dazu gegeben habe, im weiteren Prüf- und Antragsprozess die genaue Abgrenzung durchzuführen, was unter Hochwasserhilfe anzugeben und was Stadtbahnprogramm sei. Eine Doppelbewilligung werde es hierfür nicht geben.

Bezogen auf das Riveufer führte **Herr Beigeordneter Stäglin** aus, dass vom Fachbereich Bauen das Thema Straße gemeldet sei und bezogen auf die Promenade und die Elektroanlagen sei auf Basis einer Kostenschätzung nach DIN 276 eine Meldung erfolgt.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der
Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013" (Vorlagen-
Nr.: V/2013/11938)
Vorlage: V/2013/12040**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Im Beschlusstext wird der Satz 2: „Er beschließt, dass zu 100 % geförderte Maßnahmen unverzüglich von der Verwaltung umgesetzt werden.“ gestrichen.

**zu 6.1 Maßnahmenplan zur Schadensbeseitigung bei der Infrastruktur der Stadt
Halle (Saale) nach dem Hochwasser 2013
Vorlage: V/2013/11938**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Einreichung des als Anlage 1 beigefügten Maßnahmenplanes an das Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 zu.

~~Er beschließt, dass zu 100% geförderte Maßnahmen unverzüglich von der Verwaltung umgesetzt werden.~~

Um die Beantragung der Maßnahmen bei den unterschiedlichen Fördermittelgebern bis zum 30.06.2014 zu ermöglichen, wird ab dem Haushaltsjahr 2013 eine „Haushaltsstelle für Gutachten und vorbereitende Leistungen zu Hochwasserschäden,“ eingerichtet.

In diese sind 2013 und in den Folgejahren nach derzeitigem Stand folgende Einnahmen und Ausgaben einzustellen.

	2013	2014	2015	2016	Gesamt
Ausgaben	475.000 €	175.000 €	50.000 €		700.000 €
Einnahmen	0 €	100.000 €	100.000 €	500.000 €	700.000 €

zu 7 **Wiedervorlage**

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass unter TOP 8.1.1 jetzt noch ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vorliege.

zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/12044

zu 8.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten mit dem Land Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/11971

Auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE

Herr Vorsitzender, ich sage jetzt nichts inhaltlich dazu, sondern erkläre kurz die Verwirrung mit den Änderungsanträgen, weil ich glaube, dass die einbringenden Fraktionen auch erst mal was zum Ursprungsantrag sagen möchten.

Ein Änderungsantrag, der sich auf den ursprünglichen Text bezieht, den ziehen wir zurück. Wir möchten lediglich den Änderungsantrag als Ergänzungsantrag wissen, in dem es darum geht, den Neubau der Hochwasserschutzanlage entsprechend zu unterstützen. Das soll eine Ergänzung zu dem Antrag der einbringenden Fraktion sein.

Mehr ist eigentlich dazu jetzt zum Verfahren erst mal nicht zu sagen. Inhaltlich würde ich mich dazu nochmal äußern wollen.

Herr Kley, FDP-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Antrag auf sofortige Beendigung der Rechtsstreitigkeiten mit dem Land im Zusammenhang mit einem ehemals beabsichtigten Deichbau der Stadt Halle (Saale) musste zum heutigen Termin gestellt werden, da nach Gemeindeordnung § 44 die Zuständigkeit über das Führen von wesentlichen Rechtsstreitigkeiten allein beim Gemeinderat liegt.

Das ist in dieser Stadt missachtet worden, dieses Recht des Gemeinderates. Der Oberbürgermeister hat von sich aus, sowohl vor dem Verwaltungsgericht, wie auch vor dem Oberverwaltungsgericht Prozesse geführt, die aus unserer Sicht wesentlich sind und die auch natürlich die Stadt nach außen vertreten in einem Maße, welches über kleine Rechtsgeschäfte hinausgeht.

Wir möchten mit diesem Antrag diese Kompetenz zum Gemeinderat zurückholen.

Es soll sich also jetzt nicht um die Aufarbeitung der Vergangenheit kümmern, das möge an anderer Stelle geschehen, sondern einfach, dass künftig der Oberbürgermeister dazu aufgefordert wird, die Gemeindeordnung zu beachten und derartige Themen dem Stadtrat zur Entscheidung vorzugeben.

Wir haben ja vorhin bei der Verlesung der Beschlüsse der letzten Stadtratssitzung auch einen Beschluss zur Führung eines Rechtsstreites hier verlesen nochmal, den der Rat gefasst hat. Und das war einfach der richtige Weg, dass man erst diskutiert intern, sollen derartige Streitigkeiten geführt werden und dann dieses demokratisch gewählte Gremium auch darüber abstimmt.

Und das ist der Antrag, der ihnen heute vorliegt, sofortige Beendigung.

Wenn der Oberbürgermeister der Meinung ist, er müsste einen Rechtsstreit führen, mit wem auch immer, der wesentlich ist, dann möge er diesen Antrag in den Stadtrat einbringen, beim Stadtrat begründen und der Stadtrat kann dann auch darüber befinden.

Deshalb würden wir es auch nicht günstig finden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE hier mit zu behandeln, weil es bei uns nicht um den Deichbau geht, nicht um die originäre Diskussion, ob es notwendig ist, einen Deich zu bauen oder nicht. Sondern, einfach um die Frage der Selbstachtung dieses Rates, ob er auf seinen Rechten, die ihm nach der Gemeindeordnung zustehen, auch beharrt. Oder ob er sich sozusagen die Sommerpause über an der Nase herumführen lässt und darauf verzichtet.

Und ich bitte auch noch mal die Fraktion DIE LINKE darüber nachzudenken, ob man ihren Antrag, den wir glaube ich alle unterstützen und der ja auch schon im Juni beschlossen wurde, als wir sagten, es muss etwas geschehen für den Deichbau, nochmal hier wiederholen, in einem Zusammenhang, zu dem er nicht gehört.

Wir möchten hier nicht diskutieren über Für und Wider des Deichbaus. Das möge an anderer Stelle geschehen, sicherlich gibt es darüber nochmal einen Bericht.

Hier geht es einfach darum, bestehen wir auf unserem Recht, was uns nach Gesetz zusteht und versuchen dies auch nochmal zu bekräftigen oder machen wir uns förderhin einfach überflüssig, indem wir sagen, lasst mal den Oberbürgermeister handeln. Wenn es gut geht, geht es gut und wenn nicht haben wir nichts damit zu tun. Dafür sind wir nicht gewählt worden und jeder, der auch der Meinung ist, er möge nächstes Jahr wieder antreten für den Gemeinderat, möchte dann auch sich nochmal äußern, was er dann eigentlich hier noch entscheiden möchte, wenn er an dieser Stelle darauf verzichtet.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ich will es mit dieser Vergangenheitsbewältigung auch nicht so weit treiben und dennoch sind ein paar Sätze nötig.

Wir durften ja die meisten Dinge der Presse entnehmen und ich habe Zweifel dran, Herr Oberbürgermeister, dass Sie nicht am 10. Juli, als wir die Stadtratssitzung hatten vor der Sommerpause, nicht doch mehr gewusst haben, wenn Sie zwei Tage später eine 17seitige Verfügung im Sinne einer Vergabe herausgeben. Da habe ich ernsthafte Zweifel dran.

Sie beziehen sich, das habe ich in der Zeitung gelesen, das haben Sie uns ja nicht gesagt, auf den Absatz 4 § 62 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt, der da, ich zitiere, lautet: „In dringenden Angelegenheiten des Gemeinderates, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Gemeinderatssitzung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Bürgermeister anstelle des Gemeinderates“.

Ich muss Ihnen sagen, liegt so ähnlich wie bei den Händel-Festspielen. Ist vieles Erwägung, aber wir glauben fest, Sie hätten die Zeit gehabt, ohne Wahrung von Form und Fristen, selbstverständlich den Gemeinderat einzuberufen, mit dem was Sie jetzt sozusagen veranlasst haben und da steht sozusagen die Frage um die Notwendigkeit des Neubaus außer Frage. Die Frage betrachte ich nicht. Das ist selbstverständlich für uns.

Aber mit dieser Vorgehensweise haben Sie doch im Grunde einen Baustopp erreicht. Und Sie sind keinen Schritt vorangekommen, nein. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) muss sich von einem Richter und einem Minister belehren lassen und jetzt auch vom Oberverwaltungsgericht, dass er die Sache nicht nur falsch sieht, sondern auch gar nicht zuständig ist.

Und hätten Sie neben den kurzen Bemerkungen am 10. Juli im Stadtrat mit uns ordentlich diskutiert, dann sage ich Ihnen, war ob dieser Dringlichkeit und dieser Sorge um die Bürger, um Leib und Leben, der Stadtrat schon bereit, entsprechend zu reagieren. Da bin ich ziemlich überzeugt von.

Aber möglicherweise hätten wir die Frage aufgeworfen, die ganz einfache Frage, sind wir eigentlich rechtlich zuständig. Und da hätte sich herausgestellt, nein. Und auch ein Oberbürgermeister muss bei Rot an der Ampel stehen bleiben und muss die Straßenverkehrsordnung beachten und somit auch andere Gesetze.

Und ich habe den Eindruck, so nach und nach bei den vielen Alleingängen, die Sie inzwischen ohne Gemeinderat gemacht haben, dass Sie Halle wie eine Ich-AG betrachten. Halle sind aber wir alle und nicht Sie allein, oder ein engerer Umkreis.

Sie müssen einfach diese demokratischen Spielregeln einhalten und das sagt auch dieser Antrag. Wir wollen, dass Sie zunächst die Rechte des Rates nicht mehr tangieren, sondern sie respektieren und einhalten, damit die demokratischen Spielregeln, die nicht aus Jux und Tollerei erfunden worden sind, sondern in langen Prozessen entstanden sind, damit wir in unserem Gemeinwesen ordentlich zusammen leben können, damit die nicht von Einzelnen ignoriert werden.

Und Sie sind der oberste Beamte dieser Stadt, Herr Dr. Wiegand. Von Ihnen, Sie werden auch beobachtet, von der ganzen Bevölkerung, von Magdeburg und von sonst wem. Sie haben eine besondere Verantwortung in der Einhaltung dieser Spielregeln und ich meine, Sie haben sie verletzt. Und das bedaure ich sehr.

Und dieser Antrag soll, Herr Kley hat das schon ausgedrückt, soll auch signalisieren, das möchten wir in Zukunft nicht mehr haben. Wir möchten, dass Sie mit dem Rat auf einer Art und Weise, wenigstens dieser Spielregeln, ordentlich zusammenarbeiten.

Und wenn wir nicht zuständig sind, na klar kann man Druck auf das Land ausüben. Da gibt es auch andere Wege.

Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, auch wir sind bei einer solchen Argumentation in einem ganz großen Problem drin, wenn Sie mit Wohl und Wehe, Leib und Leben argumentieren. Ich kann es einerseits verstehen und nachvollziehen. Auf der anderen Seite nimmt es den Anderen die Luft, die mit ordentlichen rechtlichen Argumenten und Möglichkeiten kommen wollen, wie man dem Ding begeben kann.

Wenn jeder Oberbürgermeister am Verlauf der Saale, am Verlauf der Elbe so bauen würde, seine Hochschutzmaßnahmen wie er wollte, dann wäre das in der Tat ein Flickenteppich. Und die Zuständigkeit des Landes für die Hochwassermaßnahmen sind nicht umsonst per Gesetz so gefasst worden, müssen sie auch akzeptieren.

Und wir möchten, dass Sie an der Stelle nicht mehr weiter klagen, sondern dass Sie mit uns beraten, was der beste Weg ist und auch die Fraktionen im Stadtrat haben durchaus auch ihre Möglichkeiten, in die Landespolitik hineinzuwirken.

Und letztes, wenn Sie sozusagen, was jedem passieren kann, was menschlich ist, einen Fehler begehen, müssen Sie aber eins wissen, in Magdeburg heißt es dann nicht, Herr Dr. Wiegand hat, in Magdeburg heißt es dann, die Stadt Halle (Saale) hat. Das mögen Sie mit bedenken.

Herr Bartl

Jetzt ist es über die Zeit.

Herr Wolter bitte.

Halt, erst Herr Wehrich, dann Herr Wolter.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich denke, wir sollten doch bei der Diskussion ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Hier sind jetzt schon von meinen Vorrednern ganz große Worte gefallen und ich kann vieles so nicht teilen.

Aber eine Sache da gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht, Herr Krause. Sie haben nämlich einen Kernpunkt in Ihrer Rede gesagt, nämlich dass sich der Stadtrat einer Zustimmung zu diesen Maßnahmen nicht verweigert hätte. Und da bin ich ganz bei Ihnen, das denke ich ganz genau so. Ich hätte mir, und da rede ich für die ganze Fraktion, gewünscht, dass der Stadtrat beteiligt worden wäre. Ich hätte das für angemessen und auch für möglich gehalten, das sage ich hier ganz deutlich.

Aber der entscheidende Punkt ist, es hätte sich heute keine andere Situation ergeben. Wir alle hier als Gremium hätten diese Anträge, so sie denn gekommen wären, mit gestimmt. Insofern wären wir genau an diesem Punkt jetzt, auch mit Beteiligung des Stadtrates. Insofern hat es da keinen Unterschied gegeben.

Und eins muss man nochmal ganz deutlich hier betonen. Durch (... *unverständlich* ...) hypothetisch, genau ich stelle das so in den Raum, aber wenn sie

Herr Kley

Sprechen Sie bitte nur für ihre Fraktion bezüglich der Zustimmung, ja.

Herr Wehrich

O. k. gut. Das ist meine Einschätzung, dass dieses Gremium so

Herr Kley

Nein, das ist Ihre Einschätzung, dass die GRÜNEN so zugestimmt hätten.

Herr Bartl

Herr Kley lassen sie ihn bitte aussprechen.

Herr Kley

Sie können doch nicht alle vereinnahmen.

Herr Wehrich

Herr Kley, jetzt hören Sie doch mal auf, dazwischen zu quaken.

Wenn ich sage, wenn das meine Einschätzung ist, dass der Stadtrat zugestimmt hätte, dann können Sie dem widersprechen. Aber es bleibt trotzdem meine Einschätzung, dass ich das so denke, dass hier niemand aufgestanden wäre. Oder gut, Sie nehme ich da raus Herr Kley, dass aber ansonsten niemand aufgestanden wäre und gesagt hätte, wir wollen nicht, dass da möglichst großer Druck in die, in den Deichbau am Gimritzer Damm kommt.

Und, da bin ich schon bei dem nächsten Punkt. Nämlich die positive, der positive Aspekt an der ganzen Sache, dass nämlich diese ganze Diskussion auch bewirkt hat, dass eben Druck in die Sache gekommen ist. Dass überhaupt dieser Gimritzer Damm in das Bewusstsein des Landes gekommen ist. (...Zwischenrufe ...) Wir wissen alle, dass(...Zwischenrufe ...)

Herr Bartl

Wir lassen jetzt Herrn Wehrich ausreden.

Herr Wehrich

..... dass das niemand im Blick gehabt hat. Wenn sie sich mal mit den entsprechenden Leuten unterhalten, dann merken sie, dass das komplett auf die lange Bank geschoben worden wäre. Ist jetzt auch wieder meine Einschätzung. Sie können dem auch wieder widersprechen, wenn sie das nächste Mal dran sind.

So, und deswegen bin ich der Meinung, wir können nämlich nicht unterscheiden zwischen diesem Rechtsstreit und dem Dammbau insgesamt und insofern bin ich noch dankbar für den Antrag der Fraktion DIE LINKE, der noch einmal deutlich macht, dass wir als Stadtrat uns dafür einsetzen, dass möglichst schnell am Gimritzer Damm gehandelt wird. Und dass die jetzige Situation auch dazu führt, dass da schnell ein Hochwasserschutz auch zustande kommt.

Ja, wir haben ihrem Antrag zugestimmt bei der Dringlichkeit und wir werden diesem Antrag auch in der Sache zustimmen. Aber nicht, weil ich denke, dass die Selbstachtung des Rates da gefährdet ist oder ich selbst dann möglicherweise nicht mehr zur nächsten Kommunalwahl antreten kann, sondern schlicht und einfach aus rechtlichen und sachlichen Gründen.

Ich denke, dass diese Verfahren einfach keine Aussicht auf Erfolg haben. Wer sich die Urteile des Verwaltungsgerichtes und auch des Oberverwaltungsgerichtes mal ganz genau anschaut, die unterscheiden aus juristischer Sicht ja bei diesem Gefahrenbegriff ja sehr feinfühlig zwischen einer abstrakten Gefahrenlage, die natürlich besteht am Gimritzer Damm, die aber dann nicht dazu führt, dass das Gefahrenabwehrrecht hier angewendet werden kann, weil eben dann keine konkrete Gefahr besteht.

Ich zitiere das jetzt nur, das ist der Terminus technicus, der juristische Fachbegriff, deswegen müssen wird, so leid es uns eigentlich tut, die Rechtslage anerkennen und anerkennen, dass eben ohne ein förmliches Genehmigungsverfahren, ein Plangenehmigungsverfahren oder ein Planfeststellungsverfahren, der Damm so nicht gebaut werden kann.

Ob uns das gefällt oder nicht. Das sind die rechtlichen Rahmenbedingungen und an denen kommen wir nicht vorbei.

Und insofern sehe ich, wie gesagt, keinerlei Erfolgchancen bei der Weiterführung der Klage, das würde nur die Gerichte beschäftigen und uns Geld kosten. Und insofern werden wir diesem Antrag zustimmen.

Dankeschön

Herr Bartl

Herr Häder und dann Herr Wolter, so war die Reihenfolge.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Also ich denke auch, wir müssen bei der Sache aufpassen, dass wir nichts miteinander vermischen.

Einerseits geht es um die Notwendigkeit des Dammbaus und das andere ist einfach die Frage, wie ist mit den anhängigen Rechtstreitigkeiten umzugehen. Ich denke, in der Sache dürfte mehr oder weniger mittlerweile geklärt sein, dass die Stadt dafür nicht zuständig ist, für diesen Bau des Dammes. Das hat sowohl das Verwaltungsgericht Halle als auch das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg mittlerweile so entschieden.

Und jetzt ist die Frage, wie wir allein mit dem Punkt weiter umgehen. Da würde mich einerseits noch interessieren, welche Verfahren da konkret noch anhängig sind. Insbesondere, von dem wir ja nicht reden, etwaige Hauptsacheverfahren. Wir befanden uns ja, zu mindestens bei den Entscheidungen, die bisher gegangen sind, bloß im einstweiligen Rechtsschutz. Nicht das jetzt dann jemand auf die Idee kommt, wir haben doch ein Hauptsacheverfahren vielleicht beim Verwaltungsgericht Halle anhängig, so dass es da noch keine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Halle gibt. Das der dann schön weiter geführt wird. Was aus meiner Sicht nicht zielführend wäre.

Weil, wir müssen auch mal ganz klar überlegen, in welcher Situation sind wir jetzt.

Da wurde mit einem Dammbau begonnen, im Auftrag der Stadt. Jetzt sagt uns ein Gericht und das Landesverwaltungsamt, ihr seid da gar nicht zuständig, das Land ist zuständig.

Jetzt müsste ja unser ureigenes Interesse der Stadt sein, um negative Kosten für die Stadt zu vermeiden, dass die möglichst diese begonnenen Baumaßnahmen übernehmen und dementsprechend die Arbeiten, die wir da schon ausgelöst haben, fortsetzen.

Und ich denke, das ist auch ein Punkt, dem wir jetzt im weiteren Vorgehen mit dem Land durchaus berücksichtigen sollten. Dass es vielleicht da keinen Sinn macht, dann weiter auf Konfrontationskurs zu gehen, sondern mal eigentlich versuchen sollte, einvernehmlich die ganze Sache zu regeln. Um dann auch beim Land, zum einen beschleunigt es die Sache, weil, wir binden niemanden oder niemandes Arbeitskraft, sich da mit irgendwelchen Verfahren dann noch auseinanderzusetzen. Sondern die sollen sich dem zügigen Dammbau widmen.

Und im Übrigen, dass das Land nicht irgendwann auf die Idee kommt, zu sagen, ja o. k. ihr habt da zwar was angefangen, aber das ist für uns alles nutzlos, wir bauen unseren Damm fünf Meter daneben und dass die Stadt dann eventuell auf Kosten sitzenbleibt, die jetzt durch die begonnenen Maßnahmen schon ausgelöst wurden.

Deswegen würde ich, wie gesagt, ganz klar darum bitten, dass wir jetzt eigentlich dann in der Perspektive da einen konstruktiven Umgang versuchen mit dem Land zu pflegen. Und natürlich da Druck machen, weil es für die Stadt wichtig ist und um Beantwortung der Fragen bitten, welche Verfahren da konkret momentan anhängig sind.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Herr Oberbürgermeister, Sie haben die Gelegenheit, uns hier eine Beschlussvorlage vorzulegen und eine bis jetzt nicht geschehene Einbindung des Stadtrates, uns als Vertreter der Bürgerschaft zu dem ganzen Vorhaben sozusagen zu schaffen, haben Sie bisher nicht vollbracht.

Die einbringenden Fraktionen haben sich sehr wohl mit der Tagesordnung zu der heutigen Sondersitzung befasst und deswegen haben wir ja auch und Herr Kley hat ja inhaltlich das ausgeführt, den Dringlichkeitsantrag einbringen müssen, weil wir es für notwendig erachten,

dass Sie hier nicht alleine stehen, sondern dass wir hier gemeinsam einen Beschluss fassen. Und der nach unserer Einschätzung und diese Chance haben Sie jetzt nicht genutzt, deswegen mussten wir diesen Antrag einbringen, dass Sie die anhängenden Rechtsverfahren beenden.

Herr Häder hat das juristisch nochmal sozusagen untersetzt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir jetzt über Hypothesen, was wäre, wenn sie uns von vornherein mitgenommen hätten, was wäre da die Situation, Herr Wehrich. Das haben Sie nicht gemacht, Herr Oberbürgermeister.

Es gibt eine Rechtssituation und ich bin auch der Meinung, dass wir eher die Zeit und auch das Geld, was Sie jetzt im Moment, sage ich mal, für die laufenden Verfahren verwenden, die Mitarbeiter die hier gebunden werden oder diejenigen Anwälte die sozusagen hier die Aufträge haben, Sie zu vertreten, sollten eher sich mit anderen Dingen beschäftigen. Nämlich mit der Lösung, wie wir schnellstmöglich zu dem Deich kommen. Und das ist die Aufgabe des Landes.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, ich teile die Meinung, dass man diesen Antrag hier nicht benötigt.

Das ist auch kein Ergänzungsantrag, obwohl wir den natürlich inhaltlich absolut korrekt sehen. Das ist eine Meinung, die wir hier schon im Rat beschlossen haben. Das ist im Juni hier ergangen, der Beschluss. Der Appel ist ergangen, auch an den Oberbürgermeister, Maßnahmen einzuleiten.

Das jetzt in irgendeiner Form hier da mit reinzubringen, finde ich nicht notwendig.

Wir sagen ja manchmal so, Herr Dr. Meerheim, es ist nicht schädlich, aber es weicht sozusagen die klare Position auf und wir wollen nicht die Diskussion, die auch Herr Wehrich gerade angefangen hat, was wäre wenn, wie ist die Beurteilung des gesamten Verfahrens.

Das ist für uns im Moment nicht das Thema.

Sondern es geht nur zu den Rechtsstreitigkeiten. Das wollen wir beenden das Verfahren und dass der Herr Oberbürgermeister sich ganz klar auf die konstruktive Zusammenarbeit mit Landesverwaltungsamt und Landesbetrieb Bau eben jetzt konzentriert. Und nicht auf irgendwelche Verfahren, die da noch laufen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Ja, meine Damen und Herren.

Unsere Fraktion sieht das natürlich etwas anders, als Herr Wolter und Herr Kley hier kundgetan haben, was unseren Antrag betrifft. Wir denken schon, dass er nicht einfach im luftleeren Raum hängt und nichts zu tun hat, mit dem, was der ursprüngliche Antrag sozusagen zum Inhalt hat.

Wir sind schon der Meinung, dass es auf der einen Seite darum geht, die Rechtsstreitigkeiten zu beenden, aber auch den Eindruck zu vermeiden nach draußen und insofern verstehen wir unseren erneuten Antrag inhaltlich auch als Signal nach draußen, wir wollen nicht verhindern, dass es hier voran geht.

Sondern es gibt zwei Sachen. Wir wollen die Rechtsstreitigkeiten beenden und wir wollen nochmal mit Nachdruck sagen, dass wir im Übrigen die Position des Oberbürgermeisters, stringent sich für den Deichbau einzusetzen für die Stadt Halle (Saale), unterstützen.

Das ist der eigentliche Hintergrund, warum wir diesen Zusatz hier nochmal mit bringen wollen. Natürlich haben sie Recht, wir haben das im Juni schon mal hier fast alle einstimmig beschlossen.

Wir sehen es vielleicht auch ein Stückchen anders, warum es notwendig ist, diesen Beschluss zu fassen, den sie jetzt hier als Antrag vorgestellt haben.

Es ist tatsächlich so gewesen, nur mal kurz in die Historie einzusteigen, der Oberbürgermeister hat uns im Juli darüber informiert, wie der Stand der Dinge war, mit all den Problemen, die danach entstanden sind. Er hat das Recht nach § 44, so zu handeln, wie er es getan hat. Dieses Recht steht ihm zu.

Jetzt kann man das beklagen, dass er vielleicht auch trotzdem die Möglichkeit gehabt hätte, uns einzuladen und, und, und. Wenn man das alles noch akzeptieren würde, so wie er es getan hat, hätte unsere Fraktion, und da stimme ich ausdrücklich Herrn Wolter nochmal zu, eigentlich heute erwartet, dass er auch entsprechend § 44 der Gemeindeordnung uns heute hier versucht hätte, einzubinden. Das heißt, den Beschluss, den er sich hätte holen müssen, nachgeholt hätte. Was möglich ist und notwendig. Diese Chance hat er heute leider vertan, muss ich ganz ehrlich sagen.

Andere Oberbürgermeister, die vor ihnen hier in der Stadt tätig waren, haben solche Dinge auch getan, dass man, also in dringenden Fällen schon mal einen Beschluss gefasst hat, der zum Teil auch Wirksamkeit erlangt hat und wo dann der Rat im Nachgang sozusagen um Zustimmung dafür gebeten wurde. Das ist also nichts Außergewöhnliches. Und genau an dem Punkt setzt dann unsere Kritik ein.

Und wir sind auch der Auffassung, dass inhaltlich, und da stimme ich Herrn Wehrich zu, ich glaube, es für die Stadt Halle (Saale) und damit für den Oberbürgermeister in den Verfahren, die jetzt laufen, keine Chance mehr dahingehend gibt, die Position, die nach unserer Meinung geklärt scheint, zu ändern. Schon vor dem Hintergrund sollten die Rechtsstreitigkeiten beendet werden.

Aber unser Signal heißt nach draußen, an dem Punkt zu sagen, Oberbürgermeister halt, du hast uns hier auch nicht rechtzeitig eingebunden. Wir wollen aus diesem, nicht aus diesem Grund nur, sondern weil wir auch rechtlich der Meinung und der Auffassung sind, dass es nicht notwendig ist, hier weitere Wege zu gehen, dass diese Rechtsstreite beendet werden.

Aber wir wollen trotzdem das Signal geben, wir wollen gemeinsam mit diesem Oberbürgermeister, den wir jetzt hier sozusagen verbieten weiterzumachen, aber gemeinsam mit diesem Oberbürgermeister darum kämpfen, dass wir spätestens im Jahr 2014 entsprechende Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt haben, die dazu führen, dass Tausende in Halle-Neustadt vor möglichen Hochwassern geschützt werden.

Und wir haben da noch hinzugefügt, wenn ich mich recht erinnere, in diesem Antrag, dass auch Zwischenmaßnahmen sofort einzuleiten wären.

Und genau der Punkt ist für uns verdammt wichtig. Diesen Satz haben wir im Übrigen aus diesem sogenannten Hochwasserschutzbericht entnommen. Das zu ihrem Hinweis, und nicht zu ihrem Hinweis, sondern zu ihrer Information. Dort steht es noch als Vakanz-Position drin und wir haben das gleich in den Antrag mit rein formuliert, weil wir es für richtig und wichtig halten, dass das umgesetzt wird.

Und deswegen bitten wir auch an dieser Stelle um Zustimmung zu unserem, ich sage mal, ist ja nicht ein Änderungsantrag, sondern wir würden das gerne zu dem Text, der jetzt von den Antragstellern vorgelegt wurde, als zweiten oder dritten Punkt, je nachdem wie man die Absätze sieht, mit hinzufügen wollen. Und dann könnte unsere Fraktion dem Antrag insgesamt auch folgen.

Herr Misch, CDU-Fraktion

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender.

Herr Dr. Meerheim, ich widerspreche Ihnen ungern, aber ich würde Ihren Antrag nicht befürworten. Ich werde auch versuchen, zu begründen.

In dem Hochwasserbericht 2011 sind in der Tat als Schlussfolgerung drei wesentliche Aussagen getroffen. Ein Baum- und Strauchbewuchs auf einer Hochwasserschutzanlage sind nicht zulässig. Der Gimritzer Damm erfüllt nicht die Forderungen der DIN. Er ist als Hochwasserschutzanlage nicht geeignet.

Seit 2012 ist im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nicht wieder über Hochwasser und über irgendwelche Maßnahmen debattiert worden. Das können sie in den Protokollen nachsehen. Und jetzt sage ich, wenn ich als Verantwortlicher für Ordnung und Sicherheit schon zu dem damaligen Zeitpunkt verantwortlich bin, dann stehe ich bei Denjenigen, die ursächlich dafür eigentlich Verantwortung tragen, die Entscheidung ist zwar erst nach dem Hochwasser 2011 getroffen worden, dass der Gimritzer Damm dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz zugeordnet wird. Das ist richtig. Aber da stehe ich bei den Verantwortlichen auf dem Schreibtisch mit einer solch großen Öffentlichkeitswirksamkeit, dass die Verantwortlichen nicht umhin können, dort auch zu handeln.

Ich unterstütze den Beschluss des Stadtrates vom Juni, den wir getroffen haben, mit seinen Aussagen.

Aber ich unterstütze Ihren Vorschlag nicht mehr, aufgrund einer einfachen Aussage, die leider in der Presse nicht kolportiert wurde.

Ich war bei der Anhörung vor dem Verwaltungsgericht da. Und der Vertreter des Landesbetriebes hat gesagt, wir waren nach dem Hochwasser in diesem Jahr mit der Stadt im Gespräch und haben zugesichert, dass in einem beschleunigten Feststellungsverfahren Ende 2013, spätestens 2014 mit dem Bau einer neuen Hochwasserschutzanlage begonnen wird. Genau der Zustand, der jetzt nach diesen ganzen Streitigkeiten feststeht. Das heißt, durch die Aktion des Oberbürgermeisters, aus welchen Gründen sie auch immer erfolgt ist, hat in der Sache keine Verbesserung herbeigeführt, sondern das Ergebnis, was jetzt feststeht, war bereits nach dem Hochwasser 2013 in den Gespräche der Stadt gegenüber zugesichert worden. So die Aussage vorm Gericht.

Und ich habe nach der Anhörung den Vertreter des Landeshochwasserbetriebes und den Vertreter der Obersten Wasserbehörde nochmal nachgefragt, ob diese Aussagen tatsächlich zutreffen.

Herr Bartl

Herr Misch, Sie müssen langsam zum Ende kommen.

Herr Misch

Ja, und deswegen, aus diesen Gründen sage ich, es hat sich nichts verbessert, alle Maßnahmen sind eingeleitet, dieser Antrag bewirkt in der Tat nichts mehr.

Herr Bartl

Ich möchte nochmal sagen, ich habe hier stringent auf die Einhaltung der Redezeiten zu achten, auch wenn es Beschwerden gibt. Andersherum, wenn ich es nicht tue, gibt es die nämlich auch bloß. Oder wir hätten hier eine Entgrenzung beschließen müssen.

Also ich verbitte mir einfach hier Regelungen, wenn ich hier auf die Zeit achte.

Weiter habe ich jetzt keine Wortmeldung, so dass ich jetzt in die Abstimmung gehe. Der Oberbürgermeister möchte dazu sprechen, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wenn Sie die Beendigung dieses Verfahrens beschließen, dann sind wir genau auf dem Stand von 2011.

Entgegen dessen, was Herr Misch eben gesagt hat, hat sich nämlich nichts getan, gar nichts. Man hat gewartet, man hat sich Briefe hin und her geschrieben und es ist nichts passiert. Kein Druck, keine Situation, nichts.

Wir haben vor einer Situation gestanden, die Sie alle kennen. Wir haben riesiges Glück gehabt, das wir es abwenden konnten. Der Damm ist instabil und er hat Löcher und er ist eine absolute Gefährdungssituation. Dieser Damm ist nicht mehr zu verteidigen. Dies hat auch das Landesverwaltungsamt und auch der Landesbetrieb erkannt und ist zum Oberbürgermeister gekommen und hat klar diese Aussage gemacht.

Ich weiß nicht, ich war mit Herrn Koehn auch zusammen, wir waren im SPD-Ortsverein Ost. Herr Felke war auch mit dabei und da hat sich genau der Herr Uhlmann hingestellt und hat gesagt, wir müssen sofort handeln, der Damm ist nichts mehr wert.

Auf Grund dieser vielen Anmerkungen, die Herr Uhlmann und viele Vertreter immer noch gemacht haben, der sich nämlich geärgert hat, warum unter welchen Voraussetzungen hier nichts gemacht wurde, zu Recht nämlich auch. Unter diesen Kriterien ist natürlich dieses Verfahren, auch so wie es ist, in Gang gekommen.

Und noch eins. Ich möchte jetzt nicht alle namentlich benennen. Ich arbeite die Punkte einfach ab.

In der letzten Stadtratssitzung, wörtlich habe ich gesagt „Ich habe daraufhin veranlasst, dass wir entsprechende Ausschreibungen bzw. Angebote einholen, um hier so schnell wie möglich zu reagieren“.

Diese Aussage habe ich wortwörtlich hier gemacht.

Und es ist eindeutig, dass die Kompetenz des Oberbürgermeisters sich natürlich einmal im Hinblick auf den Bau bezieht und natürlich auch auf die eingelegten Beschlüsse, die dann erforderlich sind, um gegen die Entscheidungen des Landes vorzugehen.

Herr Misch, was Sie wahrgenommen haben in der Sitzung, ich habe das ganz anders wahrgenommen. Ich möchte es Ihnen ganz deutlich sagen. Da hat nämlich der zuständige Richter, viele von Ihnen oder einige von Ihnen waren ja auch dabei, auch einige Zuschauer waren dabei, der hat nämlich ganz klar gesagt, was sie hier machen ist eine Verschleppung der Zuständigkeit.

Der Verwaltungsrichter musste noch in dieser Sitzung das Land darauf aufmerksam machen, dass sie zuständig sind für den Neubau eines Dammes und nicht in irgendeiner Weise in der Darstellung. Diese Darstellung, das kann man nachlesen und da kann man auch Herrn Millgramm noch mal fragen, die Personen die da gewesen sind, die werden es auch bestätigen.

Selbst in dieser Sitzung hat das Land sich immer noch geweigert, einen Damm auch zu bauen, wohl wissend, dass dieser Damm nichts mehr aushält.

Meine Damen und Herren, ich werde das nicht verantworten. Ich sage es Ihnen deutlich. Und ich werde, und da können Sie auch sagen, ja ich war, ja (. . . *unverständlich* . . .) und wir müssen jetzt Druck machen. Natürlich müssen wir Druck machen, aber wie wollen Sie denn Druck machen.

Das, was momentan gemacht wird, wir sind jetzt wieder vier Wochen danach da.

Was der Minister Aeikens hier so treibt, das muss ich auch deutlich sagen, ist eine Hinhaltenaktik. Es liegen alle Unterlagen vor. Diese Lösung, die wir vorhin gehört haben, den Damm jetzt zu übernehmen, die Trasse zu übernehmen, da gibt es vorsichtige Anzeichen dafür, dass es so ist. Aber es gibt weder Schriftverkehr noch ähnliches.

Wenn wir dieses machen, diesen Rechtsbehelf hier zurückholen, ist das deutlich nachteilig für die Stadt. Und das mache ich an der Stelle ganz klar deutlich. Wir haben keine Möglichkeit mehr, irgendwelchen Druck auszuüben.

Und ich möchte Ihnen noch eins sagen. Das Gericht hat in einem Eilverfahren beschlossen. Ein Eilverfahren ist ein summarisches Verfahren. Da hat noch niemand irgendjemand richtig angehört. Das heißt, ich möchte ganz gern mal den Mann vom Landesbetrieb hören. Ich möchte mal ganz gern die Person des Landesverwaltungsamtes hören und ich möchte den Minister Aeikens hören.

Das heißt, hier muss eine klare Sachverhaltsdarstellung ermittelt werden, weil, einige Fraktionen liebäugeln ja damit auch, gegebenenfalls vollständig auch diesen Sachverhalt gegen mich in anderen Verfahren, wie sie es ja auch angedeutet haben, zu benutzen. Und das werde ich nicht zulassen.

Der Sachverhalt wird vollständig aufgeklärt, damit Sie vollständig auch die Situation erkennen, in der ich mich bewegt habe. Und das muss nachweisbar sein. Und deshalb ist es eine ganz klare nachteilige Situation, diesbezüglich hier zu entscheiden.

Die Argumentation, dass zuerst die Presse was erfahren hat, weise ich ausdrücklich zurück. Ich habe unverzüglich am Montag Boten ausfahren lassen. Da haben Sie alle Post bekommen. Es steht stets auf der Internetseite auf der Chronik, wo Sie nachlesen können, welche Schritte habe ich im Eilverfahren durchgeführt. Und wie einige Kollegen auch schon richtig gesagt haben, das ist auch meine Kompetenz.

Ich möchte noch ganz kurz einige Ansätze durchführen, auch darstellen. 2011, diese Situation ist genau vergleichbar. Man hat aufgeschrieben und hat gesagt, das darf nie wieder passieren, es darf nicht möglich sein und wir setzen uns ein.

Und Herr Misch, meine Amtsvorgängerin hat Briefe geschrieben, ist auch da gewesen, hat Diskussionen geführt, hat unterrichtet. Wir haben uns Möglichkeiten, Varianten dargestellt, bis alle zu dem Ergebnis gekommen sind, dieser alte Deich ist nicht mehr zu verteidigen, ein neuer Deich muss errichtet werden, nicht der alte Deich.

Diese Bestätigung hat der Landesbetrieb hinlänglich im Vorfeld meiner Entscheidung auch gegeben und hat dies in allen Veranstaltungen deutlich gemacht. Und auch deutlich gemacht in der Pressekonferenz. Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch hier die Zustimmung da lag, denn ein Landesbediensteter, gerade in Abhängigkeiten, geht nicht allein auf eine Pressekonferenz, der hat sich nämlich vorher die Zustimmung des Ministers geholt.

Alle wussten, dass diese Entscheidung des Oberbürgermeisters so kommt und haben es auch laufen lassen. Und ich stehe auch zu dieser Entscheidung. Ich werde die Bürger von Halle-Neustadt, genauso wie jeden anderen Bürger, wenn sie in Not sind, auch weiterhin beschützen. Und wenn Sie nur irgendwelche Sensibilitäten haben und sich einfach mal anhören, wie die Bürger darüber denken, dann würden Sie möglicherweise auch in der Argumentation anders verfahren.

Beschleunigung des Verfahrens durch Rücknahme des Antrages, nein, eindeutig nicht. Dieses beschleunigt das nicht. Diese Situation ist 2011 genauso durchgeführt worden, genauso hat man gesagt, wir machen alles. Und dann ist nichts passiert.

Was jetzt momentan ist, es ist noch nicht mal eine Entscheidung getroffen worden, es ist ein Planfeststellungsverfahren oder eine Plangenehmigung. Die Unterlagen liegen allesamt vor. Noch immer ist nichts passiert.

Und dieses weiter hinzunehmen, zu sagen, jetzt mache ich mal Druck, erklären sie mir doch mal, wie wollen sie denn Druck machen? So einen Druck, wie Sie es 2011 gemacht haben? Das ist nicht denkbar.

Ich habe nur eine Möglichkeit und da muss ich mich auch schützen und die Bürger auch schützen. Diese Entscheidung Rechtsmittel zurückzunehmen, wo man jetzt wirklich ermitteln kann, was ist die jeweilige Situation und welcher Verfahrensstand, wie hat der einzelne Mitarbeiter darauf reagiert des Landesverwaltungsamtes und wie waren genau die Aussagen im Vorfeld der Mitarbeiter des Landesbetriebes. Dieses ist festzustellen. Und dann werden wir weiter sehen.

Die Rücknahme von Rechtsmitteln beraubt uns jeglicher Möglichkeit. Es ist eine Nachteilsentscheidung, eine nachteilige Entscheidung für die Stadt. Von daher kann ich Sie nur bitten, diese Rücknahme des Rechtsmittels nicht so zu bestätigen, wie es im Antrag vorgenommen wird.

Den Antrag, da habe ich überhaupt kein Problem wenn es ein Einzelantrag gewesen wäre, dann hätte ich da sehr gerne natürlich mitgehen können. Das ist absolut unstrittig.

Ich, meine Damen und Herren, stehe zu der Entscheidung. Alles andere, jetzt dem Druck nachzugeben und hier Rechtsmittel zurückzunehmen und nicht den Sachverhalt vollständig aufzuklären, ist nachteilig für unsere Stadt.

Herr Misch

Herr Dr. Wiegand, ich tue es ungern, aber ich muss eins nochmal klar herausstellen. Ich habe hier nicht gesagt, dass sich 2011 etwas bewegt hat. Im Gegenteil. Ich habe gesagt, selbst im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde seit dem Hochwasser 2011, als uns der Bericht vorgelegt wurde, bis zum Hochwasser 2013 nicht wieder über Hochwasser und Gimritzer Damm berichtet.

Ich habe auch nicht gesagt, dass das Land sich dort bewegt hat. Es ist richtig, dass der Richter gesagt hat, jawohl das Land hat hier eine Verantwortung und dieser Verantwortung sind sie in der Vergangenheit nicht umfänglich nachgekommen. Oder überhaupt nicht nachgekommen.

Ich habe lediglich gesagt, vor Gericht wurde erklärt, dass man nach dem Hochwasser 2013 mit der Stadt im Gespräch war und zugesichert hat, in einem beschleunigten Verfahren Ende dieses Jahres beziehungsweise Anfang 2014 mit dem Bau einer neuen Hochwasserschutzanlage zu beginnen. Genau der gleiche Stand, wie er jetzt gegenwärtig von Minister Aeikens in der Presse und überall sachlich bestätigt wurde.

Herr Häder

Herr Oberbürgermeister, also zum einen würde ich nochmal darum bitten, dass Sie die Frage beantworten, welche Verfahren derzeit alles anhängig sind. Also auch in Bezug auf Hauptsacheverfahren etc.

Und zum anderen möchte ich mal sagen, ich finde es schade, dass Sie jetzt an dem Punkt polarisieren und versuchen zu sagen, dass, wenn man jetzt die Rechtsmittel zurücknimmt, würde man dafür sorgen, dass sich da nichts mehr tut.

Ich denke, genau das Gegenteil ist der Fall. Uns hilft jetzt nicht noch eine vierte, fünfte, sechste Entscheidung, die uns sagt, wir sind nicht zuständig dann an der Stelle. Und das das so ist, das ist meine tiefste Überzeugung.

Ich denke, man hätte mit dem ersten Verfahren, kann man ja wirklich noch sagen, da hat man Druck erzeugt, da ist man durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, die da auch ganz klar im Prinzip dem Land bestimmte Pflichten ins Stammbuch geschrieben hat, da hätte man sich als halber Sieger fühlen können. Und man hat auch zumindest öffentlichkeitswirksam was erreicht, dass das vielmehr in den Fokus gerückt ist und dass sich da auch was tut.

Aber jetzt, wenn wir da weitermachen an der Stelle und nicht irgendwann dann eingestehen, das bringt jetzt nichts, verschlimmbessern wir die Situation nur.

Ich würde es ja auch einsehen, dass man wieder sagt, wir müssen jetzt wieder tätig werden, wenn wir merken, das wird jetzt tatsächlich auf Seiten des Landes verschleppt. Also, dass das Land seinen Pflichten nicht nachkommt. Aber das hat ja jetzt auch nochmal das Oberverwaltungsgericht in den letzten Entscheidungen festgestellt, dass diese Voraussetzungen momentan nicht da sind, dass das Land da auch aktiv ist.

Und ich denke, da steht es uns besser zu Gesicht als Stadt, dann einfach auch zu sagen, versuchen, da aktiv mit den zuständigen Stellen zusammenzuarbeiten, als dann weiterhin vor Gericht über die Zuständigkeit für diesen Dammbau zu streiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Häder, das sehe ich nicht so. Die Klarstellung und die Tätigkeiten in der Vergangenheit machen es deutlich. Alle die, die am Damm gestanden haben und hier die Dammverteidigung gemacht haben, die werden sich bedanken über diese Aussagen, die Sie hier gemacht haben. (... *Zwischenrufe* ...) Ich teile Ihre Ansicht nicht. (...*Zwischenrufe* ...)

Diese Art der Darstellung, Herr Häder, wie Sie es darstellen, das ist eine Polarisierung. Und die Situation, die Zuordnung ist, ist innerhalb des Gerichtsverfahrens. Es ist natürlich, das wissen Sie als Jurist, nicht nur das Eilverfahren, denn das Eilverfahren läuft nur, wenn die Klage auch eingelegt ist.

Und um die Frage zu beantworten, die Sie haben, die Klage ist eingelegt.
(... *Zwischenrufe* ...)

Es läuft das Klageverfahren gegen die (... *Zwischenrufe*...) es ist das Hauptsacheverfahren, genau. Ich habe es ja eben auch erläutert.

Es ist ein, . . . nein, das Verfahren, das Eilverfahren ist abgeschlossen und von daher geht es darum, die Aufarbeitung der einzelnen Personen und die Stellungnahmen, so wie ich es eben dargestellt habe, im Hauptsacheverfahren zu klären. (... *Zwischenrufe* ...)

Herr Bartl

Wenn Sie noch eine Rückfrage haben Herr Häder dann gehen Sie ans Mikrofon bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und das zweite Eilverfahren, da ist auch noch keine Beschwerde momentan eingelegt.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Räte und Stadträte.

In einem hat der Oberbürgermeister Recht, dass er das fahrlässige Pausieren und (... *unverständlich*...) von Herrn Aeikens und des Ministeriums für Umwelt und Landwirtschaft in Schwung gebracht hat, das stimmt. Aber das ist auch alles was stimmt, Herr Oberbürgermeister.

Als erstes weise ich es von mir, dass wir als Räte keine Sensibilität für die Nöte von Leuten in der Hochwassersituation haben. Ich verbiete mir ein für allemal, so etwas zu unterstellen, dass wir hier keine Sensibilitäten haben. Das ist das Erste.

Das zweite ist, Sie sind schon viel länger für diese Sache verantwortlich. Sie waren entsprechender Dezernent. Also war Ihnen diese Situation klar.

Und dann hätte man ja auch im letzten Stadtrat sagen können, ich werde mir, ich behalte mir vor, vielleicht auch hier fundierter zu agieren. Das hätte man ja sagen können. Aber Sie haben uns, lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Dr. Wiegand, Sie haben uns hier blind reinlaufen lassen.

Sie haben, zwei Tage nachdem, in ihren Aussagen steckt nirgendwo was drin, dass da übermorgen was losgeht. Das spürt man dann, da ist eine Atmosphäre da. Und die war nicht da. Und dann gehen zwei Tage später da 17 Seiten an das entsprechende Bauunternehmen. Das ist, und das meinen wir, ist nicht in Ordnung.

Wir wollen, wie alle hier, den Hochwasserschutz. Und dass das polarisiert und da nehme ich ausdrücklich Herrn Häder in Schutz, das liegt an Ihnen, die Sie dort sitzen. Sie polarisieren, nicht wir. Aber wir möchten nicht ignoriert werden. Wir sitzen in vielem, weil wir die Legislative sind, am kürzeren Hebel. Aber wir möchten den demokratischen Auftrag, den wir von den Bürgern bekommen haben, mit mehr Prozenten als Sie, den möchten wir wahrnehmen und da lassen wir uns hier nicht so vorführen.

Wir möchten gemeinsam dieses Hochwasserproblem in Angriff nehmen. Aber wir möchten nicht von Ihnen vorgeführt werden. Das ist nicht in Ordnung.

Und nutzen Sie Ihre Oberbürgermeisterposition nicht dazu aus. Hier ist genug Streit. Wir reichen ihnen die Hand. Es gibt genug, die Ihnen die Hand reichen wollen. Nutzen Sie das, sonst läuft das Ding vor den Baum, ob es ein Damm ist oder ob es Orchester ist oder ob es sonst was ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Aussagen Herr Wend, die Sie gemacht haben, die sprechen für sich. Die möchte ich gar nicht weiter kommentieren.

Die Art mit der Zuständigkeit würde ich ganz gern noch mal aufgreifen. Ich war komplett außen vor. Ich bin derjenige, der dafür zuständig ist, die Katastrophen hier abzuwenden. Die Art und Weise, wie die Dämme gebaut werden oder ähnliches, war ich niemals zuständiger Dezernent. Zudem hat die Oberbürgermeisterin dieses Verfahren vollständig allein mit dem Land auch besprochen, die ehemalige Oberbürgermeisterin. Und deshalb muss ich das leider zurückweisen, aber die Zuständigkeit lag nicht bei mir.

Herr Kley

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben ja in unserem Antrag das auch sehr auseinander gehalten und haben auch gar nicht darauf abgezielt, wer jetzt der bessere Mensch ist, der sich um die Bevölkerung kümmert und wer der Paragrafenreiter sei. Sondern es geht einfach wirklich darum, dass der Gemeinderat zuständig ist für das Führen von Rechtsstreitigkeiten und dafür bedarf es eines Beschlusses.

Soviel, glaube ich, kann mir auch ein ehemaliger Dozent der Verwaltungshochschule zustimmen. Da reicht es nicht, dass man in seinen Ausführungen unter Punkt 725 erwähnt hat, man würde demnächst über eine Ausschreibung nachdenken und damit sozusagen einen Beschluss herbeigeführt hat, dass man auch künftig in Rechtsstreitigkeiten treten kann.

Also ich kenne keinen Kommentar in der Gemeindeordnung, der derartiges aussagt und ich würde mich auch gerne nochmal beim Gesetzgeber erkundigen, ob das so gemeint ist, dass eine en passant Mitteilung des Oberbürgermeisters ihm sämtliche Recht gibt, die Gemeindeordnung außer Kraft zu setzen.

Und sehr geehrter Herr Wehrich, wir hätten auch in diesem Rat, auch wenn sie das meinen es hätten alle zugestimmt, nicht zugestimmt, dass die Stadt eine Aufgabe wahrnimmt, für die sie nicht zuständig ist. Wir hätten auch nicht zugestimmt, dass das Wasserhaushaltsgesetz mit dem Planfeststellungsverfahren für diese Stadt Halle nicht gilt. Es wundert mich umso mehr, dass ein Grünenabgeordneter des Landtages, der bei anderen Bauvorhaben gerne mal nach Brüssel schreibt, an dieser Stelle der Meinung ist, das Recht und Gesetz für uns nicht gelten.

Wir haben eine Verantwortung, die Stadt ist hier die Untere Behörde und fordert von jedem anderen Bürger auch, dass er Recht und Gesetz einhält. Und das muss vor allem auch für uns gelten.

Das Verfahren zum Deich ist wichtig und wir machen auch Druck, glaube ich, auf allen Ebenen, viele auch in informellen Gesprächen. Und es wäre wichtig auch, dass die Stadt hier gemeinsam auftritt. Aber trotzdem gilt Recht und Gesetz für uns hier alle. Und wie will ich von einem Bürger Rechtstreue verlangen, wenn ich selber sage, ich beachte nur die Menschen, mich interessiert dieser Rat nicht. Also wir sollten alle Stück für Stück hier etwas runter kommen, gemeinsam dafür tätig werden.

Aber an dieser Stelle ist der Rat aufgefordert, über Rechtsverfahren, Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden. Und da geht es um das Wohl dieser Stadt und da interessiert mich nicht die Argumentation des Oberbürgermeisters, der meint, es wäre für ihn persönlich wichtig, hier eine Aufklärung zu erhalten.

Hier geht es darum, was ist für die Stadt günstig und da haben ja die verschiedensten Fraktionen sich geäußert und sind der Meinung, dass es wichtig ist, mit dem Land zu verhandeln.

Und nachdem im Eilverfahren alles abschlägig beschieden wurde, glaube ich nicht, dass im Hauptverfahren eine neue Interpretation unserer Gesetze auftritt und deshalb sollten wir hier Geld und Kraft sparen an dieser Stelle und dieses anderweitig verwenden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Kley, das was Sie gesagt haben muss ich erneut zurückweisen. Die gesetzlichen Möglichkeiten sind ausführlich dargestellt. Ich habe Ihnen das in der Informationsvorlage auch dargelegt und da finden Sie auch die entsprechenden Rechtsgrundlagen.

(... Zwischenrufe ...)

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Ich habe jetzt aufmerksam zugehört und da stellt sich mir doch die Frage, was wollen Sie eigentlich mit einer Klage erreichen? Das sie zuständig sind, die Stadt Halle, für den Bau des Deiches.

Sie haben vorhin, geradezu triumphierend gesagt, das Verwaltungsgericht musste dem Land erst mal sagen, das es zuständig ist. Dass das Land zuständig ist. Das haben die dort begriffen im Verwaltungsgericht.

Und Sie wollen jetzt klagen, dass der Richter da nicht ganz die Wahrheit gesagt hat oder worum geht es da eigentlich? Die Klageschrift haben Sie uns bisher nicht zur Verfügung gestellt, soweit war es mit der Information dann doch nicht her.

Also, ich weiß, dass Sie irgendwas vor Gericht austragen. Was inhaltlich konkret, weiß ich eigentlich gar nicht. Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass es darum geht, dass Sie angefangen haben zu bauen, dass das Landesverwaltungsamt gesagt hat, du bist nicht zuständig, wir verfügen den Baustopp und dass Sie dagegen geklagt haben.

Das ist das, was mir soweit im Bewusstsein sein. Dagegen wollten Sie rechtlich vorgehen.

Und dann hat das Land, das Verwaltungsgericht gesagt, nein, das ist in Ordnung, die Zuständigkeit liegt beim Land. Sie haben es gerade eben nochmal hier zitiert.

Und jetzt wollen Sie nochmal dagegen vorgehen oder worum geht es eigentlich?

Dann habe ich weiterhin bei Ihnen gehört, wir müssen endlich mal richtig herausarbeiten, welcher Mitarbeiter des Landesverwaltungsamtes, des Landesbetriebes für Hochwasserschutz oder so, was gesagt und wann wie gemacht oder nicht gemacht hat.

Ist das Inhalt Ihres Verfahrens? Was wollen Sie eigentlich mit einem weiteren Verfahren noch erreichen?

Wir sind der Meinung, und deswegen ist ja auch der Antrag von uns mitgetragen, es ist ausreichend geklärt. Die Zuständigkeit liegt beim Land. Jetzt hören Sie bitte auf, die Zuständigkeit weiter für die Stadt zu reklamieren.

Deswegen, so ist jedenfalls meine Meinung, sollten Sie diese Rechtsstreitigkeiten jetzt beilegen.

Aber vielleicht können Sie mal meine Fragen beantworten. Was wollen Sie eigentlich mit einem Rechtsstreitverfahren erreichen, ganz konkret? Und, ja gut, das reicht mir eigentlich schon.

Ich muss noch mal nachfragen, bitte, die habe ich vergessen. Nämlich tatsächlich die Begründung dafür, was heute mehrfach hier angesprochen worden ist. Warum haben wir heute keine Vorlage gehabt, Ihr gerichtliches Vorgehen zu unterstützen?

Sie wissen, dass dieser Rat zuständig ist. Sie haben vorhin gesagt, Sie wissen, dass es falsch ist und deshalb brauchten Sie wohl den Rat nicht zu fragen. Aber formal hätten Sie den Rat in jedem Fall fragen müssen, egal wie klar diese Angelegenheit ist, in ihrer inhaltlichen Interpretation oder wäre. Und Sie haben die Frage noch nicht beantwortet, warum Sie es nicht gemacht haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch, Eilentscheidungen, die der Oberbürgermeister trifft nach § 44, sind nicht erneut durch den Stadtrat zu beschließen. Der Stadtrat ist darüber zu informieren. Deshalb habe ich Ihnen alles vorgelegt. Eine erneute Beschlussfassung, wenn der Oberbürgermeister entschieden hat, ist nicht erforderlich und auch nicht nötig, auch nicht gesetzlich vorgesehen. Und von daher ist das in dem Moment die Kompetenz des Oberbürgermeisters.

Zu Ihrer zweiten Frage, warum die Klage aufrechterhalten werden soll, weil es das einzige Instrument ist, Herrn Aeikens aus der Untätigkeit herauszubringen und endlich den Damm zu bauen.

Und deshalb ist genau die Situation, die wir vor 2011, deshalb habe ich es eben ausgeführt, auch hatten. Bislang ist nichts passiert, kein Spatenstich, nur Gelabereien, Herr Böhnisch. Und diese Situation, da werde ich das Land durch die Klage weiter herausholen.

Alles andere ist schon ausprobiert worden. Alles andere ist gemacht worden.

Herr Minister Aeikens ist untätig. Ganz im Gegenteil, er hat sogar deutlich gemacht, dass er weiterhin hier Dienst nach Vorschriften macht. Und die Verfahren ganz langsam, normal durchführt. Diese Dinge, die hier ablaufen, Herr Böhnisch, das ist eine Frechheit, eine Frechheit vom Land. Und da muss man die Finger in die Wunde reinlegen. Und deshalb brauchen wir auch die Klage, die weiter aufrechtzuerhalten ist.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE

Der Herbst ist so feucht, wie lange nicht mehr. Ja, na freilich, wir haben vielleicht in sechs Wochen Hochwassergefahr. Das heißt also, wir müssen uns jetzt schon Gedanken machen, wie wir die Zeit überbrücken, wie wir die Gefahr bändigen wollen, wie wir als Kommune die Möglichkeiten, sprich Notmaßnahmen, und das ist unser ureigenstes Feld. Und das Land hat ja jetzt schon höchstrichterlich festgestellt, nochmal auf dem Weg bekommen, dass sie zuständig sind.

Also deshalb ist unser Änderungsantrag eigentlich so wichtig.

Ich würde sehen, wenn der Oberbürgermeister gesagt hätte, wir schütten auf der Saale-Schleife einen Notdeich, fünf Meter hoch, befestigt mit Planen oder sonst was, dann hätten

wir den Umweltminister wirklich vorgeführt. Das können wir aber immer noch machen. Das müssen wir vielleicht bald noch machen, wenn der Herbst so feucht bleibt, wie er begonnen hat.

Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Dr. Köck, das sehe ich genauso, wie Sie es dargestellt haben. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Gegebenenfalls müssen wir es noch machen, genauso.

Herr Krause

Es ist nicht ganz einfach, vor allen Dingen wahrscheinlich für die Bürgerinnen und Bürger, nachzuvollziehen. Ich will mal mit einer Sache beginnen, Herr Oberbürgermeister, dass das Gericht festgestellt hat, in welcher Verantwortung das Land steht, ist doch unstrittig. Und das haben die auch begriffen.

Ich wiederhole die Frage von Herrn Böhnisch, was wollen Sie noch mehr erreichen?

Die sind nämlich zuständig, wir sind nicht zuständig. Was kann man da eigentlich auch noch mehr erreichen? Klar, können Sie jetzt noch herauslocken, wer was wie nicht gemacht hat oder hätte machen müssen. Das verändert aber nicht die Haltung des Landes, mit einem beschleunigten Verfahren voranzugehen.

Worum es uns hier in dem Antrag geht, ach nein, zuvor möchte ich noch eins sagen. Bei aller Unterschiedlichkeit, und Sie wissen, dass ich nicht argumentiere auf die Person, sondern immer in der Sache. Ja, das ist wichtig auseinander zu halten, an der Stelle. Und ich habe Ihnen bei allen Unterschiedlichkeiten bisher, da können Sie ruhig darüber lachen, ich meine es ernst, ich habe Ihnen bei allen Unterschiedlichkeiten in der Sache immer unterstellt, dass es Ihnen um diese Sache und um die Menschen geht. Und ich erwarte von Ihnen, dass Sie jedem einzelnen Rat das auch unterstellen.

Und das ist nicht in Ordnung, wenn Sie da sozusagen versuchen, einen Keil reinzuschieben, um selber in der Diskussion davon zu profitieren, dass Sie der alleinige sind, der hier um Leib und Leben, Wohl und Wehe sozusagen Verantwortung trägt und ich schütze die Bürger. Nein, dann schützen wir uns alle gemeinsam.

Nur so kann es funktionieren. Diese Ich-AG funktioniert nicht. Das müssen Sie langsam mal verinnerlichen. Das ist das Eine.

Und hier in der Gemeindeordnung § 44 Absatz 22 oder Satz 22 steht genau diese Sache geschrieben, dass der Gemeinderat, selbst wenn er wollte, nicht übertragen kann, diese Rechtsgeschäfte, also dass Sie einfach klagen können. Sondern wir müssen das hier beschließen, das steht hier drin.

Ich habe das vielleicht vorhin möglicherweise missverstanden von Herrn Dr. Meerheim, vielleicht hat er es auch anders gesagt. Aber es ist überhaupt nicht Allgemeingut im Rat, dass Sie damit richtig liegen, wie Sie gehandelt haben. Ganz im Gegenteil. Und das sagt dieser Antrag aus. Sie liegen nicht richtig. Sie haben sich hier nicht an Recht und Gesetz gehalten und wir sind auch nicht zuständig. Das muss man mal feststellen.

Und nur das, diese Sache hatte dieser Antrag zur Folge, dass Sie gesagt haben, wenn wir da nicht weiterkommen und da kommen wir nicht weiter, weil das Gericht, das Oberverwaltungsgericht nichts anderes als Recht sprechen wird, nämlich dass das Land zuständig ist. Dann würde es sozusagen auch keine andere, kein anderes Urteil geben.

Ich habe noch eine Frage dazu. (...*Zwischenrufe* ...)

Nein das ist zu wichtig jetzt, weil er hier einen Punkt angesprochen hat (...*Zwischenrufe* ...) nein Harald, er hat hier einen Punkt angesprochen, der ist einfach zu wichtig.

Herr Bartl

Bitte, dann lass andere fragen.

Herr Krause

Nein, langsam. Wenn Sie jetzt ganz offen und ehrlich uns gegenüber antworten und aufrichtig sind, wissen Sie doch, ich habe das der Presse entnommen und ich glaube, dass das stimmt, dass es jetzt sozusagen einen Sonderplan gibt oder ein Sonderplan erarbeitet wird für den Fall X, dass wir ganz schnell ein Problem bekommen in Sachen Hochwasserschutz.

Herr Bartl

Komm zum Ende jetzt. Nein, ich nehme jetzt dir das Wort weg.

Herr Krause

Moment, das heißt, für den Fall wäre doch die Stadt Halle in der Lage, innerhalb von 48 Stunden eine Maßnahme zu ergreifen, wenn eine akute Bedrohung da wäre. Oder ist das nicht so? Wenn Sie es dementieren, können wir nochmal reden, aber ich glaube nicht, dass Sie es ehrlicherweise dementieren können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, das was Sie zuerst gesagt haben, die Frage habe ich ausführlich, rechtlich auch beantwortet, da gehe ich jetzt nicht mehr darauf ein.

Die zweite Frage, wir sind immer in der Lage, einen Notdamm zu errichten. Aber hier geht es nicht um einen Notdamm, sondern hier geht es darum, einen DIN-gerechten Damm zu bauen. Und das ist die Situation. (...*Zwischenrufe* ...)

Wir werden, Herr Krause lassen Sie mich bitte ausreden. Und dieses ist die Zuständigkeit, wir sind im übertragenen Wirkungskreis, allein des Oberbürgermeisters, wann diese Entscheidung zu treffen ist. Wir sind im übertragenen Wirkungskreis und der Oberbürgermeister entscheidet, der ordnet an. Wenn jetzt eine solche Situation, die Herr Köck jetzt wieder dargestellt hat, auftreten sollte, dann wird der Oberbürgermeister in 48 Stunden oder drei Tagen auch die richtige Entscheidung dann treffen.

Herr Krause

In Ordnung, das meine ich, also gibt es eine Alternative auch zur Klage.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich mache es auch ganz kurz. Nochmal den Blick in die Vergangenheit Herr Kley. Ich bin sehr dafür, Recht und Gesetz einzuhalten und unter diesen Vorzeichen sage ich jetzt für mich, hätte ich mich nicht verweigert, zu versuchen, den Weg zu bestreiten, den Damm herzustellen unter dem Gefahrenabwehrrecht in der Situation vor der Sommerpause, in der letzten Stadtratssitzung. Und das sage ich hier ganz offen, weil ich der Meinung war, wenn der Oberbürgermeister das so begründet hätte, dass das in der Situation so nachvollziehbar war.

Wir haben jetzt eine andere Situation. Jetzt ist eindeutig geklärt, dass eben dieser Weg kein gangbarer Weg ist, dass er aus rechtlichen Gründen nicht notwendig ist. Und deswegen, das haben sie vernommen, haben wir auch gesagt, wir stimmen diesem Antrag zu.

Und wir stimmen diesem Antrag auch noch aus einem anderen wichtigen Grund zu. Wir sehen nämlich nicht, dass mit dem Führen dieser Verfahren die Untätigkeit des Landes in irgendeiner Weise beeinflusst werden kann. Diesen Zusammenhang kann ich nicht erkennen. Für die Vergangenheit hat das funktioniert, aber ich denke, für die Zukunft wird es

eben nichts mehr bewirken, weil es da rein um die Zuständigkeiten geht und es nicht bewirken kann, dass das Land schneller voran geht bei dem Bau des Dammes.

Aber ansonsten muss ich hier auch noch mal ganz deutlich sagen, kann ich alles nachvollziehen, was die Untätigkeit in der Vergangenheit betrifft. Ich selbst habe mich ja auch schon im Jahr 2012 zu diesem Thema geäußert. Habe mir auch angeguckt, was, Herr Misch, im Hochwasserbericht der Stadt steht.

Interessanterweise findet sich aber von diesen Aussagen im Hochwasserbericht des Landes überhaupt nichts wider. Also diese Problemlage, es lässt sich überhaupt nicht erkennen, dass das Land die Problemlage erkannt hat.

Und dann nochmal ein Punkt. Ich denke es ist wichtig, auch jetzt für die Zukunft gesehen, dass wir da alle wirklich zusammenstehen und möglichst gemeinsam als Stadt Druck machen, dass dort was passiert.

Mit Blick auf die Haushaltsberatungen, die im Moment im Land anstehen, habe ich da nämlich große Bedenken, dass das alles so auch abgearbeitet werden kann. Wenn ich nämlich in die Haushaltspläne schaue, dann ist das Thema Hochwasserschutz genauso behandelt wie in den letzten Jahren. Also die Finanzmittel stehen so zur Verfügung, wie in den letzten Jahren. Und wenn man genau guckt, lässt sich aber auch feststellen, dass diese Mittel in den letzten Jahren gar nicht vollständig ausgegeben werden konnten, weil nämlich das entsprechende Personal fehlt. Es fehlt das entsprechende Personal im LHW, die Maßnahmen entsprechend vorzubereiten und, was genau so wichtig ist, es fehlt das entsprechende Personal in den Genehmigungsbehörden, die entsprechenden Verfahren auch schnell zu führen, zum Abschluss zu bringen und dann die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, damit dann auch gebaut werden kann.

Herr Bartl

Herr Wehrich, Sie wollten kurz reden. Die Zeit ist um.

Herr Wehrich

Ja, ein Satz. Das sind die Felder, auf denen wir jetzt in Zukunft tätig werden müssen und alle gemeinsam.

Das war mein Schlusssatz. Vielen Dank.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Wie viel Zeit habe ich, Herr Vorsitzender?

Herr Bartl

Fünf Minuten haben Sie Zeit, fünf Minuten.

Herr Wolter

Das ist sehr schön, die nehme ich mir.

Herr Oberbürgermeister, ich bin froh, dass wir nicht verwandt sind, wir alle nicht hier im Stadtrat. Soweit ich weiß, ist niemand miteinander verwandt, obwohl manche gleiche Namen tragen.

Der Grund, warum ich das gut finde, ist der Grundsatz der Demokratie, dass wir nicht in irgendeiner Familie sind. Weil die Familie oft das gut findet, was Vati oder Mutter so sagt. Und manchmal das auch unterstützt.

Dass Sie eine Meinung haben, dass Sie eine Auffassung haben, dass Sie eine Rechtsposition eingenommen haben, dass Sie eine Entscheidung getroffen haben, das ist alles unstrittig. Und dass Sie die in den letzten Monaten auch öffentlich wirksam mit vielen Begründungen und uns auch in einem schönen Journal vorgelegt haben, haben wir zur Kenntnis genommen.

Aber es ist eben nicht unsere Meinung. Und ich denke, da sind Sie genauso verpflichtet, wie wir Ihre Meinung akzeptieren, dass Sie auch unsere Meinung akzeptieren, dass wir hier gemeinsam einen Beschluss fassen. Dass Sie jetzt, sage ich mal, auf unseren Antrag so reagieren und uns, ich sage mal, Desinteresse an der Sicherheit, Untätigkeit 2011/2012 vorwerfen, das hat wirklich was Unnötiges. Das haben Sie nicht nötig, das haben wir in der Diskussion nicht nötig, denke ich.

Wir sollten uns für die Zukunft eben wirklich davon freimachen. Das ist eine Einschätzung, die Sie getroffen haben, dass hier Gefahr für Leib und Leben besteht. Zu der stehen Sie auch öffentlich weiterhin, haben sie auch in vielen Beigeordnetensitzungen, wenn ich so, Konferenzen.

Wenn ich erinnere an den Kriechstrom zum Beispiel. Ich habe mich da nochmal kundig gemacht. Das ist so, Kriechstrom ist immer in der Erde. aber eben in so einer geringen Spannung, die natürlich keine Gefahr darstellt. Es gibt also überhaupt keine wirklich handfesten Beweise dafür, dass in irgendeiner Form aus Kriechstrom am Deich irgendwelche, egal wie, Gefahren ausgegangen sind. Das, was Sie dort sozusagen ja auch öffentlich der Presse gegenüber dann auch kundgetan haben und weitere Gründe. Es ist, sage ich mal, festgestellt, dass abstrakt die Gefahr besteht. Richtig, aber konkret eben nicht.

Und wir haben die Auffassung, dass Sie den Rechtsstreit, wir als Stadt, zu beenden haben. Und das ist Ihre Pflicht, mit uns diesen Beschluss herbeizuführen. Auch wenn Sie sagen, das haben Sie nach § 44 nicht zu tun. Das ist natürlich nur halb wahr. Weil, in einem laufenden Verfahren sind wir natürlich einzubinden und Sie haben natürlich schnellstmöglich unsere Position dazu einzuholen. Das haben wir mehrfach gesagt, das haben Sie nicht getan.

Und ich denke, wir sollten jetzt hier mehrheitlich diesen Beschluss fassen und Sie sozusagen dann auch sich auf die Aufgaben, die dann anstehen, konzentrieren.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE

Ich finde die ganze Situation ziemlich bizarr zurzeit. Also der halbe Stadtrat hat unter anderem in Halle-Neustadt am Damm gestanden und gegen das Hochwasser gekämpft. Der ganze Stadtrat will den Damm, mit ihnen gemeinsam, so schnell wie möglich. Und mein Punkt ist jetzt gar nicht, ob der Stadtrat darüber entscheiden muss, welche Rechtsstreitigkeiten sie führen, sondern, wenn schon Rechtsstreitigkeiten geführt werden, ob diese Rechtsstreitigkeit jetzt ganz konkret, tatsächlich auch den Dammbau beschleunigt.

Und das hat ja Herr Bönisch schon gesagt, was will man eigentlich mit dieser Rechtstreitigkeit erreichen? Bekommen wir dadurch schneller einen Damm?

Sie sagen, ja. Ich kenne die Gründe nicht, warum Sie meinen, dass durch die Klärung von Zuständigkeiten der Damm schneller kommen soll. Außer, dass das Land jetzt vielleicht nochmal Recht bekommt, das ausführlicher, in einem abschließenden Verfahren. Und wir weiter uns verheizen mit unserer Energie an einem Punkt, den wir eigentlich gar nicht als prioritär betrachten. Sondern wir wollen den Damm so schnell wie möglich.

Und jetzt verstehe ich nicht, beispielsweise, warum können wir nicht bei der nächsten Stadtratssitzung gemeinsam hier im Stadtrat einen Beschluss fassen, der sich direkt an das Land wendet, direkt an den Minister wendet, mit dem Appel, diesen Damm so schnell wie möglich zu bauen. Dann ist klar, wir streiten uns hier nicht um irgendwie um des Papstes Bart, sondern wir streiten, auch nicht um irgendwelche blöden Zuständigkeiten, sondern wir streiten uns darum, dass wir hier alle gemeinsam den Damm haben wollen.

Die unmittelbare Gefahr besteht erst dann, wenn wir nasse Füße haben, dann können sie bauen. Aber da reicht die Zeit nicht.

Und die mittelbare bedeutet, dass wir in irgendeiner Weise mehr Druck auf das Land machen müssen. Und ich glaube eben ehrlich gesagt persönlich auch nicht, wenn wir gegen das Land klagen, dass das Land eher auf uns zukommt und alles tut, dass an der Stelle der

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister legt keine weiteren Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Halle (Saale) zum Baustopp am Gimritzer Damm sowie der Übertragung der Aufgabe des Deichbaus ein.

Alle bereits eingelegten Rechtsmittel sind sofort zurückzunehmen.

Bezugnehmend auf den Beschluss zum TOP 8.1 teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er Widerspruch dazu einlegen werde.

**zu 8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, MitBürger für Halle - NEUES FORUM, zur Finanzierung der Theater Oper und Orchester GmbH
Vorlage: V/2013/12039**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister.

Ich sagte schon bei der Begründung der Dringlichkeit, dass dieser Antrag das Ergebnis einer sehr außergewöhnlichen Aufsichtsratssitzung gewesen ist. Und entgegen der prophezeiten „Laberrunde“ ist dort sehr konzentriert und wie ich finde auch sehr engagiert gearbeitet worden.

Und es ist natürlich nicht so, dass wir uns nicht wünschten, dass die Landesregierung die beabsichtigen Kürzungen in der Theaterförderung zurücknehmen würde. Aber ich denke mal, das ist ziemlich unrealistisch. Und außerdem ist es so, selbst wenn die Kürzungen zurückgenommen würden, wissen wir alle, dass die Aufwüchse, die durch Tarifsteigerungen und alle möglichen anderen Steigerungen zu erwarten sind, zeigen, dass die GmbH, übrigens von Beginn an ihrer Existenz, unterfinanziert ist.

Gleichzeitig denke ich, ist sehr wichtig, dass wir uns überlegen, wie wir aus dieser Misere herauskommen und wie wir praktisch gemeinschaftlich die Zukunft unserer GmbH als Fünf-Sparten-Haus sichern können.

Und dann haben wir also beraten und die Punkte, die wir hier aufgeschrieben haben sind ja nicht wirklich neu. Herr Stiska hat eine sehr detaillierte Analyse vorgelegt zur Ausgangssituation und welche Varianten denkbar sind.

Wenn wir hier schreiben, wir bitten darum, dass ein Konzept erarbeitet wird, zwischen dem Geschäftsführer der TOO und dem Oberbürgermeister, dann liegt die Bedeutung auf gemeinsam. Und nicht, dass von vornherein gesagt wird, alles was dort aufgeschrieben ist, stimmt entweder nicht oder ist nicht durchsetzbar.

Dann der Punkt 2, Gespräche mit dem Landrat Bannert zu führen, die Gesellschafterbeteiligung zu erwägen. Das ist auch eine alte Forderung, die immer wieder gestellt wurde, aber bislang entweder nur sehr halbherzig betrieben wurde, sicher auch in der Zeit vor dem jetzigen Oberbürgermeister. Aber auch jetzt konnte ich bislang nicht erkennen, dass das mit großem Nachdruck gemacht wird.

Die Kooperationsmöglichkeiten mit Bad Lauchstädt die liegen nahezu auf der Hand. Und gerade jetzt, vor dem Hintergrund, dass da sehr viel Bewegung drin ist, a) in der Bestellung einer neuen Leitung als auch den Sanierungen, die dort vorgenommen werden und der Bereitstellung oder der in Aussicht gestellten Bereitstellung von 6 Mio. € für den Bau in Bad Lauchstädt.

Und wenn wir dann wissen, dass sozusagen die TOO, unsere TOO schon sozusagen den Hauptanteil des Spielplanes dort ausmacht, dann denke ich, ist das ein Ansatzpunkt, wo man sehr energisch miteinander verhandeln kann.

Jetzt zu dem Punkt 4. Ich habe, Herr Wehrich Sie haben mir gesagt, das wäre schon so, als wollten wir das fordern, dass Verhandlungen zum HFO (Händelfestspielorchester) aufgenommen werden. Wir sind, wir meinen das natürlich im Sinne einer Prüfung, dass alle Möglichkeiten, die sich darstellen, ausgelotet werden.

Und wenn wir, zu mindestens einige Stimmen aus dem Kultusministerium

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Sie sprechen für die Fraktion, Frau Dr. Wünscher?

Frau Dr. Wünscher

Ja.

.....einige aus dem Kultusministerium hören, dass schon darüber nachgedacht wird, ob man nicht vielleicht ein Orchester, das besondere Aufgaben hat, besonders fördern könnte, dann denke ich, sollte man auch hier Gespräche führen.

Und dann zu dem Punkt 5. Der Strukturanpassungsfond ist ja von allen in Aussicht gestellt worden. Und wenn ich dann lese, dass in einer Kabinettsvorlage von Ende Mai 2013 für die Jahre von 2014 bis 2020 40 Mio. € für diesen Strukturanpassungsfond eingestellt werden sollen, ist noch alles nicht passiert, Landtag hat nicht beschlossen. Dann denke ich, ist es dort höchste Zeit, dass wir mit einem guten Konzept dort vorstellig werden und unsere Ansprüche anmelden.

Und natürlich Herr Oberbürgermeister gehe ich davon aus, dass Sie beim Land um jeden Euro kämpfen werden.

Und dann möchte ich zum Abschied noch eins sagen, frei nach Herbert Wehner „Wer raus geht, muss auch wieder rein kommen“.

Und ich denke, das was wir in diesem Aufsichtsrat erarbeitet haben, ist unser Gesprächsangebot, damit wir im Dialog die großen Probleme, die in der TOO da sind, beherrschen können.

Ich danke.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte.

Vor einigen Jahren hat schon mal ein Musiker diese Stadt verlassen. Seine Leidenschaft galt dem weltlichen Musiktheater und die damaligen Stadtoberen waren eher der Ansicht, man macht ein bisschen Musik zur Freude des Herrn, aber sonst nicht mehr. Der junge Mann hieß Georg Friedrich Händel und den feiern wir ja jetzt immer. Aber der ist tatsächlich gegangen, weil er bestimmte Dinge musikalisch in dieser Stadt nicht umsetzen konnte.

Fangen wir mal ganz von vorne an.

Wir kennen alle die Probleme, die die Theater, Oper und Orchester GmbH schon seit langem hat. Wir kennen sie im Stadtrat, die Stadtverwaltung kennt sie, die Landesregierung kennt sie.

Und ich könnte, wenn ich zu denen gehöre, die dort arbeiten und als Bürger mir das angucken, das Ergebnis, das wir jetzt haben, diesen unglaublichen Streit in dieser Situation, kann man eigentlich nur als Politikversagen benennen. Das kann man nicht anders sagen. Nehme ich mich ruhig mit rein, ich bin noch nicht so lange dabei, trage ich vielleicht nicht ganz so viel Mitschuld. Das ist doch nicht in Ordnung.

Wir haben das Ding schön geradeaus vor die Wand laufen lassen und jetzt wissen wir nicht, wie wir es regeln sollen.

Das Land bietet einfach mal kurz, zack, bum eine Kürzung an, die man nicht umsetzen kann. Da kann man sich noch so viel Mühe geben, man kann sie nicht umsetzen. Es sei denn, man lässt das ganz in die Insolvenz laufen. Das ist das, was der Oberbürgermeister plant. Der sagt, wir machen eine Insolvenz.

Was soll denn, was soll denn dieser Streit um eine Insolvenz. Es ist das Signal an alle, dass sich für die, die dort drinsitzen, in diesen Strukturen, einfach kein Interesse habe, das ist mir egal. Ich knacke das Ding, ich schmeiße ein paar Leute raus, stelle ein paar weniger wieder ein und dann ist die Sache vom Tisch. Das ist das Angebot, was uns die Stadtverwaltung liefert.

Und das Ganze in einer Streitsituation. Wenn man darüber diskutiert, rennt man raus, findet das alles nicht gut, würde ich mal als pubertäres Verhalten bezeichnen. Das bringt doch gar nichts. Wir stehen da nach außen, man lacht sich über Halle, wie Halle mit diesem Problem umgeht, amüsiert man sich. Ich kann nur an das, was Herr Schramm gesagt hat erinnern, wer heute Morgen MDR Figaro gehört hat, der wird sich arg, der wird sich nicht freuen, über das Bild, was unsere Stadt hier abgibt.

Ich unterstütze das, was Frau Dr. Wünscher hier vorgetragen hat und ich bitte wirklich alle Beteiligten, das ist ein wirklich schwieriges Problem, es muss die Stadt, das Land und die Verantwortlichen, die für die Strukturen, also der Herr Stiska und die entsprechenden Verantwortlichen, sich an einen Tisch setzen und Lösungsprobleme finden. Und da ist dieser Fahrplan ein guter Fahrplan.

Und wir brauchen nicht schon wieder einen Sonderbevollmächtigten, irgendwie von außen hereingeholten Spezialexperten, der auch Geld kostet. Wir haben genug Strukturen, die dieses Problem lösen können. Und ich sage ihnen, ich hier als Stadtrat werde mir das nicht bieten lassen, dass wir so ein schönes Stück von Halle, wie unsere Kultur, dass das hier im öffentlichen Raum demoliert wird. Das werde ich mir nicht bieten lassen. Da stehe ich als einziger ewig auf, bis wir eine gute Lösung gefunden haben. Das verspreche ich ihnen.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE

Ich will eigentlich gar nichts zu den Anträgen sagen, das kann Rudenz Schramm dann machen.

Aber im Kontext der Antragsberatungen hätte ich gern gewusst, sie haben ja heute ihre Dringlichkeitsvorlage nicht auf die Tagesordnung aufsetzen lassen können, weil die Mehrheiten fehlten. Aber bei der Einleitung der Dringlichkeitsvorlage haben sie gesagt, dass sie beabsichtigen, morgen den Sanierungsbevollmächtigten einzusetzen. Bleibt es bei diesem Vorhaben? Bleibt es bei ihrer Position, dass sie allein dazu berechtigt sind?

Ich würde das gern hinterfragen, denn sie schreiben in ihrem Beschlussvorschlag ja selber „Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle,“ und wir wiederum sind der Stadtrat. Und wir sind sozusagen in diesen Fragen die letztlich zuständigen. Und deshalb bestreite ich, dass sie dieses Recht allein an sich ziehen.

Das hätte ich ganz gern nochmal geklärt. Zum Einen, weil ich glaube, dass es hier um eine erhebliche Maßnahme geht. Es geht um eine existenzielle Frage und insofern würde aus meiner Sicht eben in der Tat der Stadtrat dafür zuständig zeichnen.

Und deshalb die Frage, bleibt es bei dieser Einsetzungsabsicht, unabhängig davon, was wir heute hier beschließen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Dr. Sitte, deshalb habe ich den Antrag gestellt. Im Gesellschaftervertrag ist deutlich gemacht, dass die Zuständigkeit zum Einsetzen von Handlungsbevollmächtigten bei der Gesellschafterversammlung liegt. Es ist ebenso deutlich gemacht, dass in bestimmten Situationen der Stadtrat die Ermächtigung geben muss. Die Einsetzung des Handlungsbevollmächtigten gehört da nicht zu. Deshalb sind alle Entscheidungen, auch früher, dann so getroffen worden, dass es in der Gesellschafterversammlung gekommen ist.

Aus diesen Gründen, dieser ganzen Unsicherheiten, habe ich ja meine Selbstverpflichtung abgegeben, weil ich gesagt habe, das kann eigentlich so nicht sein, da muss der Stadtrat mit befinden.

Deshalb bin ich heute mit dem Antrag gekommen. Das habe ich eingangs auch erörtert. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Deshalb ist es (... *Zwischenrufe* ...)

Diese Aufsetzung und das Erörtern, den Tagesordnungspunkt, die Dringlichkeit haben Sie abgelehnt. Und diese Diskussion der Dringlichkeit ist in meinen Augen gegeben.

Ich habe Ihnen (... *Zwischenrufe* ...), Herr Wolter lassen Sie mich ausreden. Ich habe Ihnen sehr ausführlich, sehr umfangreich dargestellt, wie die aktuelle Situation ist. Ich habe Ihnen dargestellt, dass Sie die, diese, genau, es ist umfangreich und komplett und vollständig und hat eine extrem hohe Qualität.

Und diese Situation ist gespickt auch mit Vorschlägen. Vorschlägen, wie man damit umgeht. Es ist ein konkreter Vorschlag, wie man diese Situation löst.

Mein Vorschlag, wenn ich das jetzt noch sagen darf, Frau Sitte, um jetzt nochmal auf die Dringlichkeit und auf den Vorschlag nochmal einzugehen, ist, dass ein Bevollmächtigter daneben gestellt wird, um diese Dinge vorzubereiten. Nicht um ein Schutzschirmverfahren durchzuführen, nicht um irgendwelches Recht einzugrenzen, sondern so wie ich, wenn Sie, Sie haben die Vorlage ja auf Ihrem Tisch, wenn Sie bitte einmal aufschlagen auf Seite 5, dort sind die Kompetenzen dieses Bevollmächtigten aufgeführt.

Und das sind alles Maßnahmen vor dem Schutzschirmverfahren. Das hat mit Insolvenz, Herr Dr. Wend, überhaupt gar nichts zu tun, aber um hier konkrete Vorschläge nochmal zu erarbeiten und darzustellen. Dazu brauchen Sie, in der Situation in der wir uns bewegen, weil nämlich bei einer bestehenden drohenden Zahlungsunfähigkeit, die zum jetzigen Zeitpunkt besteht, da brauchen Sie fachlichen Rat.

Und diese Darstellung ist gemeinsam vorzustellen und in meinen Augen hier im Stadtrat auch zu besprechen und zu beschließen. Das heißt, der Bevollmächtigte kommt irgendwann und sagt, das, das, das könnte man machen. Und wir haben dann die Aufgabe, darüber abzustimmen, ob das in Ordnung ist.

Wir hatten ja, Herr Bönisch, gestern auch schon mal so ein bisschen und das geht ja auch so ein bisschen in Ihre Richtung, was Sie gesagt haben, dass man jetzt erst mal einholt, die Meinungen einholt. Aber von einem Profi, der 100 %ig durchblickt und damit auch umgehen kann.

Und deshalb habe ich Ihnen das so ausführlich in dieser Vorlage auch nochmal dargestellt, damit Sie umfangreich die Darstellung besitzen.

Ich kann mich erinnern, vor zwei, drei Jahren schon, denn alle wussten ja, dass im nächsten Jahr das alles ja momentan nicht mehr finanzierbar ist, da sind ja schon konkrete Konzepte auch eingefordert worden. Ich kann mich sehr gut erinnern an einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an Frau Dr. Brock, die gesagt hat, wir brauchen jetzt einen Vorschlag. Da ist nichts passiert, da ist nichts da gewesen.

Jetzt haben wir die Situation. Wir müssen dringend handeln und unverzüglich und je eher wir handeln und dem Land zeigen, dass wir was tun, dann bin ich wieder voll bei Frau Dr. Wünscher und ich bin auch bei dem Antrag. Alles was Sie da ausgearbeitet haben, finde ich echt klasse. Dann können wir sagen und dem Land zeigen, wir agieren hier und kommen auch mit einem konkreten Vorschlag, damit wir dem Land auch zeigen, wir bewegen uns.

Nur, wir müssen mit einem ganz konkreten Vorschlag kommen. Und das ist mein Vorschlag. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, der konkret auch vorliegt. Und deshalb ist die Antwort auf die Frage ja, ganz klar ja.

Herr Bartl

Nochmal Frau Dr. Sitte, als kurze Rückfrage, bitte.

Frau Dr. Sitte

Das heißt jetzt definitiv, egal was wir hier beschließen, egal ob wir über diese Dringlichkeitsvorlage auf der regulären nächsten Stadtratssitzung nochmal sprechen könnten, dass sie morgen diesen Sanierungsbevollmächtigten einsetzen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es wird ordnungsgemäß die Gesellschafterversammlung einberufen, wie das in den anderen Jahren auch immer gewesen ist. Das steht im Gesellschaftsvertrag, das ist die Kompetenz die da besteht und da wird ein Beschluss gefasst, diesbezüglich einen Bevollmächtigten mit einzusetzen.

Das was jetzt heute beschlossen wird, Frau Dr. Sitte, das ist nicht überflüssig. Das läuft alles parallel. Das ist alles kein Thema. Aber hier müssen wir professionell damit umgehen, damit wir hier eine Lösung finden.

Herr Bartl

Jetzt ist Herr Krause dran.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Dr. Sitte, alles was wir heute beschließen, ist alles damit eingeschlossen. Also deshalb ist das alles gut, was im Vorschlag erarbeitet wurde, das wird alles damit untersucht.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Voranschicken möchte ich, wir hatten vorher über den Damm gesprochen, ich könnte noch andere Beispiele nennen, ich stelle ganz klar fest, Herr Dr. Wiegand Sie haben es nicht verstanden. Sie senden Signale der Spaltung zwischen Verwaltung und Rat und in die Gesellschaft der Stadt hinein. Ich weiß nicht, ob Sie das schon realisiert haben, aber es scheint so zu sein, dass Sie es nicht realisiert haben.

Wissen Sie, wenn Sie im Vorfeld einer Aufsichtsratssitzung hingehen und über die Medien den Beschäftigten der TOO signalisieren oder einfach so sagen, na ja es ist wohl so, mehr als 100 Leute von euch sind über.

Da hat es noch keine Abstimmung im Aufsichtsrat gegeben, kein Gespräch dazu, keine Abstimmung, keine gemeinsame Strategie. Das wird einfach mal über die Medien so verbreitet. Das ist schon ein fragwürdiges Signal.

Nach der Aufsichtsratssitzung sagen Sie, wenn das stimmt, das unterstelle ich jetzt mal, dass die Mitteldeutsche Zeitung da richtig berichtet hat, Sie labern nicht mit. Was für ein Respekt, was für eine Achtung haben Sie vor ihren Mitstreitern im Aufsichtsrat. Diese Frage stelle ich Ihnen. Nämlich, dieses Klima, dieses Klima bestimmt nämlich nachher auch die Rationalitäten. Das ist das Eine.

Das Andere ist, wir hatten mal eine gewisse Diskussion, wenn Sie sich erinnern, im Hauptausschuss. Und ich habe Ihnen die Frage gestellt, sind Sie nicht eigentlich in Ihrem Mandat über dem Streit mit dem Geschäftsführer TOO. Stehen Sie da nicht eigentlich drüber. Nämlich in der Erkenntnis, in Ihrem Mandat, in Ihrer Verantwortung, dass Sie alles dafür tun müssen, dass die Position der Stadt gegenüber dem Land gestärkt ist, dass wir möglichst einheitlich auftreten.

Sie senden aber Signale der Spaltung. Das kann gar nicht funktionieren, wie Sie das machen. Und Sie müssen sich nicht wundern, wenn Sie weitermachen mit diesen Eigenmächtigkeiten, dass diese Spaltungen immer tiefer werden. Das ist meine tiefe Sorge. Und da müssen Sie, glaube ich, umdenken. Und es schadet Ihnen auch nicht, in dem Amt sich da mal belehren zu lassen. Das ist nichts schlimmes, wir leben in einer Demokratie, wir streiten mit den Argumenten.

Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, ist es Ihnen ja eh egal, was wir beschließen.

In den Abstimmungen mit den antragstellenden Fraktionen füge ich zu dem Antrag noch einen Punkt hinzu. Der lautet folgendermaßen: Punkt Nr. 6 „Bis zum Vorliegen eines realisierbaren Strukturkonzeptes für die TOO GmbH wird kein Sanierungsbevollmächtigter bestellt“. Das ist der Punkt Nr. 6.

Also die Diskussion von Frau Dr. Sitte und die Nachfrage hat ja gezeigt, hat es ja nochmal ein bisschen aufgedeckt, wir haben in der Vermutung richtig gelegen.

Und übrigens, ich habe das vorher aufgeschrieben, in der Pause. Das zeigt, dass Sie ein ganz bestimmtes Muster haben, das Sie immer wieder abspielen. Egal welches Problem das ist in dieser Stadt. Sonst hätte ich das noch nicht aufschreiben können, das kann ich Ihnen sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, erneut verdrehen Sie vollständig die Tatsachen, vollständig. Das, was Sie hier machen, ist richtig eine Schweinerei. Die Art und Weise, wie Sie arbeiten und wie Sie das darstellen, ist nicht in Ordnung. (... Zwischenrufe ...)

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister, ich möchte nicht, dass wir jetzt in dieser Sprache miteinander reden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Darstellung in der TOO GmbH war eine ganz andere. Hier ging es darum, sachlich darzustellen, wie die Finanzsituationen sind, wie die BMA das einschätzt, wie der Finanzberater das einschätzt und jemand auch, der von Herrn Stiska diesbezüglich auch schon zu Rate gezogen wurde, nämlich Herr Prof. Dr. Flöther. Alle standen vor der Tür. Und man hat es, nur die Arbeitnehmervertreter, muss ich auch deutlich sagen, die Arbeitnehmervertreter haben erklärt, nein wir wollen uns nicht informieren. Wir wollen gar nicht wissen, was hier los ist. Es spielt also keine Rolle.

Das heißt, die Herren mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Und das ist die Argumentation gewesen, warum ich gesagt habe, es nützt nichts, weiter zu labern und irgendwelche Anträge oder ähnliches zu stellen, sondern wir müssen den Problemen ganz konkret auf den Grund gehen.

Mein Ziel ist es, ich möchte gemeinsam mit Ihnen, die TOO in allen Sparten, ich mache es nochmal deutlich, in allen Sparten erhalten.

Der Vorschlag, den Sie eben gesagt haben, mit 100 Leuten weniger, das habe ich nicht gestreut, sondern es ist von anderer Seite gekommen. Ist übrigens enthalten in dem Vorschlag von Herrn Stiska, der gesagt hat, ich kann mir eine TOO vorstellen, mit 400 Personen. Von 532 auf 400. Das ist der Vorschlag von Herrn Stiska gewesen, wo ich gesagt habe, wunderbar, das ist ein guter Vorschlag. Den finden Sie auch hier drin. Da kann man wunderbar mit weiterarbeiten. Das ist ein guter Vorschlag und deshalb stimme ich da auch mit Herrn Stiska überein.

Nur jetzt ist das ganz entscheidende, den Weg, wie wir das machen, wie wir dahin kommen so schnell wie möglich, um hier eine Situation auch herbeizuführen, dass wir es finanziell auch stemmen können und die Möglichkeit besteht. Denn das Land, so steht es auch hier drin, hat klar signalisiert, wir können als Land nichts mehr zuschießen, das ist die Situation und dürfen es auch nicht.

Und dieser Punkt führt dazu, dass wir sehr extrem momentan gefordert sind. Und deshalb ist mein Vorschlag nach wie vor, Herrn Dr. Flöther zu nehmen und ihn beizustellen und uns hier Vorschläge zu machen, dass wir darüber entscheiden.

Und das hat nichts mit Spaltung zu tun. Das ist der erste konkrete Vorschlag, der uns hilft, dass wir die TOO retten.

Ich möchte es an der Stelle deutlich machen, was jahrelang hier nicht gemacht wurde. Es wurde weiter geschoben. Und dieses, das ist eine klare Mitteilung, meine klare Botschaft. Ich werde mich da immens dafür einsetzen, auch gegenüber dem Minister. Und das mache ich auch bereits, dass keine Kürzungen kommen. Aber das, was ich hier anrege, was ich hier deutlich gemacht habe, das hat mit den Kürzungen, geplanten Kürzungen des Landes überhaupt nichts zu tun.

Das heißt, wir haben unsere eigenen Hausaufgaben nicht gemacht, Herr Krause. Und wenn Sie da sagen, ich würde das oder das machen oder jenes machen, jetzt geben Sie mir auch noch Schuld daran, dass die TOO in diesen Zahlen steht. Ich finde, das ist ein echter Knaller.

Und von daher ist die Situation, dass Sie jetzt auch noch sagen, ich bin jetzt auch noch daran schuld, da kann ich jetzt nur noch sagen, ich weiß jetzt einfach nicht mehr, was ich mit Ihren Äußerungen machen soll.

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister, bitte nehmen sie das Wort „Schweinerei“ zurück, dann wäre wieder Frieden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, da entschuldige ich mich natürlich ausdrücklich.

Herr Krause

Also ist o. k.

Ich will nur eins sagen, erstens nehmen Sie bitte zukünftig Abstand davon, Stimmverhalten aus Aufsichtsräten zu veröffentlichen. Das ist Interna. Wer wie gestimmt hat, haben Sie öffentlich nicht zu sagen, lesen Sie mal GmbH-Gesetz. So ganz nebenbei mal.

Ja, das kann ziemlich wichtig werden. In dem Fall ist es vielleicht sogar wichtig.

Und ich glaube, dass Ihre Behauptung auch nicht ganz stimmt, es muss schon mindestens ein Stadtrat mehr mitgestimmt haben, sonst hätten sie das Stimmverhältnis so nicht gehabt, weil es nur drei Aufsichtsräte auf der Arbeitnehmerseite gibt.

Nur, Herr Dr. Wiegand, was ich nicht verstehe ist, wenn Sie sich bemühen und sagen o. k., ich habe jetzt mal eine Option auf den Tisch gelegt und ich unterstelle Ihnen auch, dass sie genauso wie wir diese Dringlichkeit und die Härte der Situation sozusagen verinnerlicht haben, warum, frage ich Sie, bleiben Sie als Vorsitzender, der die Aufsichtsratssitzung leitet, nicht sitzen, selbst wenn die Leute, die Sie vorgeschlagen haben als Gäste, nicht bestätigt werden und stellen sich der Situation und diskutieren das aus, auch die Argumente der anderen zu hören, mit denen zu streiten in den Argumenten, bis man den richtigen Weg geht.

Sie stehen auf, Sie sind im Hauptausschuss damals aufgestanden und sind gegangen, sind im Kulturausschuss damals aufgestanden und sind gegangen, jetzt stehen Sie schon im Aufsichtsrat auf und gehen.

Was soll denn das werden? Wir müssen doch mit Ihnen streiten können um den richtigen Weg und dann gemeinsam vorwärts gehen. Sie brauchen sich nicht allein in Magdeburg einsetzen, das können wir zusammen machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, es geht überhaupt nicht um streiten, dass man das nicht macht. Dieses, was hier steht und was dargestellt ist, das ist immer schon seit Monaten diskutiert worden. Seit Jahren.

Und das, was auch deutlich ist, sonst lädt man keine Gäste ein, Gäste auch, die auch vom Geschäftsführer mit gewollt waren. Ja also, das ist eine Situation, wo man dann insgesamt sagt, das ist eine Bereicherung der Sitzung. Und da kann man nicht sagen, so, ich lade die Gäste jetzt wieder aus und die gehen wieder raus, wir wollen keine Informationen, ich möchte mich nicht informieren, ich möchte nicht wissen, warum wir momentan drohend zahlungsunfähig sind. All diese Fragen gehen mich nichts an, das möchte ich nicht wissen. Und das als Aufsichtsrat, da muss man sich mal überlegen, wenn solche Entscheidungen rauskommen.

Das ist (... Zwischenrufe ...), das ist eine Unterstellung, was Sie machen. Ja, und da sind wir wieder bei dem, was ich vorhin auch gesagt habe. Die Situation ist, dass Sachverstand in dem Aufsichtsrat zu dem Zeitpunkt nicht gewollt war. Und das kann man nicht machen, wenn bis Ende des Monats das Land von uns eine Antwort haben will.

Herr Krause

Man kann aber auch nicht einfach aufstehen und gehen.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren.

Ich bin natürlich durchaus bewegt über die jetzige Situation. Ich denke, neben der Problematik, die wir mit dem Damm behandelt haben, bei der TOO handelt es sich um einen Bereich, wo über 500 Leute arbeiten, die in künstlerischen Berufen tätig sind und wir gehen hier, ich sage mal, sehr mechanisch damit um. Will das mal so sagen.

Ich denke, wir haben eine Verantwortung. Wir werden der Verantwortung in den letzten Monaten nicht gerecht geworden sein. Es gab mal eine Ankündigung einer Betriebsversammlung, eines Schuttschirmverfahrens. Wir sind dann in einer Sondersitzung des Aufsichtsrates zu bestimmten Kriterien gekommen, dass wir sagen, wir wollen über die Sommermonate versuchen, das zu erarbeiten. Das ist mit Sicherheit auch zum Teil erreicht worden, von Seiten des Geschäftsführers.

Wir saßen dann, wie gesagt, vorigen Freitag wieder in der Aufsichtsratssitzung und ich war der Stadtrat, der dann auch gesagt hat, ich möchte die beiden Herren nicht anhören. Aus zwei Gründen.

Einmal, weil ich stinksauer war, dass es eine Vorveröffentlichung am Dienstag in der MZ gab. Und zum zweiten, eine Aufsichtsratssitzung, wo der Geschäftsführer in der Lage ist, 14 Tage vorher ein Papier einzureichen, wo wir zu diesen Tatsachen eines Schutzschirmverfahrens keine Unterlagen hatten, fand ich dann nicht qualifiziert, das wir das machen. Dazu wollte ich nochmal Stellung nehmen.

Zu der Frage jetzt, hier das Papier. Es ist auf Seite 4, steht drin, Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt. Das Kultusministerium, da ist glaube Anlage 2, Herr Puhle, hat besonders kritisch bestimmte Sachen, Staatskapelle größter Kostentreiber TOO GmbH und ein Haushaltsverstoß etc. ist hier mit abgeheftet worden. Dieses Schreiben gibt es wirklich, das sehen wir ja.

Aber es gibt auch eine Antwort der BMA, wo der Geschäftsführung ausgestellt wird, dass davon nichts richtig ist. Und das verstehe ich nicht, wieso wir dann in diesen Unterlagen hier nur die halbe Wahrheit, warum das Ministerium für Kultur uns irgendetwas in die Schuhe oder der Theater, Oper und Orchester GmbH in die Schuhe schieben will, verstehe ich nicht. Aber dann soll doch bitte schön die Antwort dessen, der Einrichtung, die wir in der Stadt haben, zum Beispiel der BMA, dann auch uns als Stadträten mitgeteilt werden.

Ich will jetzt nicht im Einzelnen die Unterschiede der Dringlichkeitsantrag der anderen mit unserem erwähnen. Ich habe da oder wir haben da Probleme mit der Einbindung des Händelfestspielorchesters. Wir wissen nicht genau, in welche Richtung das geht. Vielleicht ist es hinterher schlechter, sogar für uns.

Herr Bartl

Sie sprechen für die Fraktion, Herr Schramm?

Herr Schramm

Ja.

Ich bitte nochmal dringend, dass wir gerne beide Anträge abstimmen. Dass wir heute zu einem Standpunkt kommen, dass Halle sagt, wir stimmen mit der Resolution für die Erhaltung des Theaters ein. Wir sind aber auch dafür, dass wir natürlich den demokratischen Gesichtspunkten in irgendeiner Form Rechnung tragen, auch mit dem Land bereit sind, darüber zu diskutieren, welche Möglichkeiten es in der Zukunft gibt.

Ich gehe fest davon aus, das ist meine persönliche Meinung, wir werden als Stadt Halle dieses Problem nicht mehr alleine lösen. Wir müssen auf die Gebietskörperschaften, von mir aus Saalekreis, Bad Lauchstädt, Dessau etc. zugehen. Die anderen werden es auch von sich aus tun. Und wenn wir hier einseitig, wir brauchen dazu den Sachverstand von allen. Wir haben den Aufsichtsrat, der wirklich sehr intensiv, und da gebe ich Frau Dr. Wünscher auch wiederum Recht, an dem Freitag noch getagt hat, sich sehr konkret und sehr qualifiziert mit der Materie verständigt hat. Wir haben eine Kulturreferentin.

Ich möchte das alles hier ein bisschen in einen Sachverstand zusammengefügt haben und da reicht mir ein Sanierungsbeauftragter nicht aus.

Dankeschön.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister.

Es sind jetzt viele Worte gesagt worden. Ich würde mich mehr beziehen darauf, was wir im Land im Moment, mir geht im Moment es extrem hin und her, zwischen dieser Deichdiskussion Herr Oberbürgermeister und der TOO-Diskussion.

Da sind ja verschiedene Verweise jetzt schon mal gekommen. Es ist beide, beide Sachen haben die Ähnlichkeit, dass es wirklich um die Zusammenarbeit, um die konstruktive klare Position von uns als Stadt geht und damit kann das Land erst was anfangen.

Was wir, sie wissen, dass ich im Kulturkonvent saß, dass ich Vorstandsmitglied bin der Kulturkonferenz, dass wir uns intensiv über die Landschaft, die Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt unterhalten. Und da ist natürlich die Diskussion hier aus Halle, die Sie führen, die nicht wir als Stadträte führen, die nicht der Aufsichtsrat führt, zur Insolvenz, zum Schutzschirmverfahren. Also ich muss sagen, mit einem gewissen, einer gewissen, ja fast Ohnmacht zur Kenntnis genommen worden.

Was wir im Moment, was alle Kulturschaffenden, da spreche ich von der freien Szene bis zu den städtischen Betrieben, einfordern, ist wirklich ein Kulturkonzept des Landes. Und ein Kulturkonzept eben auch für unsere Stadt.

Und was Sie machen, unabhängig vom Konzept, unabhängig von Zukunftsstrukturen, die Sie sehr gerne sozusagen mit uns gemeinsam entwickeln können, haben Sie eine Position Herr Dr. Wiegand, haben Sie eine Position Herr Dr. Wiegand, die Sie nicht diskutiert haben, die Sie nicht gemeinsam hier abgestimmt haben. Die Sie sogar, das ist jetzt mehrfach gesagt worden, in keiner Form, in keinem Gremium, mit keinem Außerparlamentarischem, mit keinem Demokratischen, mit Niemanden, nur für sich allein und vielleicht mit zwei, drei Mitarbeitern in irgendeiner Form erarbeitet haben. Und diese Vertrauten, die wollen Sie jetzt dazu nehmen und erwarten von uns, und ich sage Ihnen, dass Sie jetzt sagen, wir haben gegen Ihren Antrag gestimmt, ist fast eine Frechheit.

Was wir getan haben, Herr Dr. Wiegand, ist Ihre Unverschämtheit, dass Sie eine Stunde vor dieser Sitzung, hier einen Antrag zu einem Bevollmächtigten bei uns auf den Tisch legen und erwarten, dass wir dieses durchlesen dieses Papier, es einschätzen und dann die Dringlichkeit, die Sie schon seit zwei Wochen kennen, die Gespräche mit Herrn Flöther führen Sie schon mehrere Wochen doch anscheinend.

Jetzt war eine Situation, dass der Aufsichtsrat alleine, ohne Sie, einen Beschluss gefasst hat. Ohne Sie, hier einen Vorschlag gemacht hat, wie wir konstruktiv mit dem Land eine klare Forderung einnehmen können und Sie werfen uns vor, dass wir Ihren, Ihre Lösung, wo ist denn bitte Ihre Lösung.

Sie haben uns hier einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt und ich sage nur, das ist ein Konzept und das ist ein Eingriff in unsere Rechte. Wenn Sie einem Bevollmächtigten eine Mitarbeiterzahl als Zieldiskussion zur Grundlage geben, auf Seite Anlage 4, dann ist das sehr wohl unser Recht. Weil, diesen Beschluss haben wir gar nicht gefasst. Es gibt den Stadtratsbeschluss zur Gründung und zur Weiterführung der TOO.

Herr Dr. Wiegand, bitte, ich kann Sie nur auffordern, diskutieren Sie mit uns. Nehmen Sie doch gemeinsam mit uns eine Position ein, die wir verteidigen können. Wenn Sie losrennen und mit Herrn Dorgerloh sprechen, dann Frau Sitte, Herr Bönisch, alle sprechen unterschiedliche Positionen. Was ist denn das für eine Situation. Für niemanden auch fassbar, was wir eigentlich wollen. Für Sie doch aber genauso nicht fassbar.

Also es ist eine allgemeine, es ist keine Lösung auf dem Tisch von Ihnen, in gar keiner Form. Was Sie behaupten ist sehr eng.

Ich würde zu Ihnen nochmal sagen, Sie haben vorhin von Selbstverpflichtung gesprochen. Das klingt ja ein bisschen so, als ob Sie sagen, wissen sie, meine lieben Stadträte, ich verpflichte mich dazu. Wenn ihr das aber nicht so wollt, wie ich das will, dann ist meine Verpflichtung, naja dann nehme ich die wieder zurück.

Also das ist unlauter, Herr Dr. Wiegand. Es ist wirklich unlauter. Sie können doch nicht auf der einen Seite sich preisen und sagen gucken sie mal, liebe Stadträte, das habe ich freiwillig eingegangen, weil ich Ansätze zur Transparenz möchte, Ansätze zur Partizipation, dass sie mitwirken können.

Und auf der anderen Seite sagen Sie, ne, also wenn sie es nicht wollen, na gut dann mache ich es trotzdem. Es ist unglaublich.

Bitte stehen Sie zu ihren Positionen, zu Ihren freiwillig gewählten Ansätzen, zu Ihren Werten und machen Sie mit uns nicht sozusagen so ein Spielchen, dass wir auf einmal hier Mikado spielen mit Ihnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich glaube, Herr Wolter, es war wieder gut, aber ich glaube, Sie haben es immer noch nicht verstanden. Die Art und Weise, wie das mit dem Damm abgelaufen ist, ist ganz anders. Also wenn Sie sagen, beim Damm habe ich nicht teilgenommen.

Heute komme ich mit einem Antrag, indem ich sage, bitte lasst uns darüber diskutieren. Es ist eine prima Ergänzung zu allen anderen, die da sind. Es ist genau der umgekehrte Weg. Es ist nicht die Dammsituation, wo ich alleine eine Entscheidung getroffen habe.

Heute bin ich mit einem Antrag gekommen, den Sie nicht diskutieren wollten (... Zwischenrufe ...), genau, aber nicht so kurzfristig, dann warten wir eben noch einen Monat. Wir können nicht warten, weil wir bis zum 30.09. verpflichtet sind, dem Land etwas vorzulegen. Dieses wissen alle.

Und die Situation, wo Sie sagen, die Insolvenz ist ein Punkt, den müssen wir politisch entscheiden, meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen deutlich, eine Insolvenz die kann man nicht politisch entscheiden. Die ist da oder ist nicht da.

Hier sind wir noch lange nicht soweit. Hier sind wir bei einer drohenden Zahlungsunfähigkeit. Dieses ist dargestellt. Auch darüber kann man nicht politisch entscheiden. Da kann ich nicht sagen, ja wir haben noch gar keine drohende Zahlungsunfähigkeit, wenn die entsprechenden Dinge auch vorliegen.

Deshalb ist der Antrag heute da und ist auch gekommen. Und von daher noch was. Ein Ansatz, zu sagen, das Wort Insolvenz, ich meine Sie geben jetzt immer dem Oberbürgermeister hier für alles die Schuld. Das Wort Insolvenz ist nicht vom Oberbürgermeister gekommen. Sondern es wird seit Jahren von Herrn Stiska hier geprägt und das wissen Sie ganz genau. Und jetzt zu sagen, der Oberbürgermeister prägt das Wort Insolvenz, also das ist witzig, sehr, sehr witzig.

Und diese Situation jetzt hier zu drehen und jetzt auch noch hier den Oberbürgermeister für eine verfahrenere Situation die Schuld zu geben, Herr Wolter, also ich weiß es nicht. Also ich komm damit, muss ich ganz ehrlich sagen, nicht klar.

Ich habe Ihnen konkret einen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt und darüber können wir auch gerne, ich verschiebe das auch gern. Da können wir auch gerne im nächsten Monat ausführlich in der Tagesordnung dann nochmal sprechen. Bin ich dabei, wenn Sie sagen keine Dringlichkeit, dann können wir gerne auch beim nächsten Mal, also regulär dann im September darüber sprechen.

Ich mache nix, obwohl es mein gutes Recht wäre, muss ich auch sagen. Ich mache nichts, lasse es so laufen.

Aber ich muss darauf hinweisen, Sie alle darauf hinweisen, dass zum 30.09. das Land etwas erwartet. Und die Punkte, die jetzt im Aufsichtsrat dargestellt sind, viele Punkte sind ja schon abgearbeitet worden, muss man ja auch sagen, sie sind aber nicht das, wo man sagt, das ist eine klare Ansage, wie wir unsere Situation bereinigen.

Mein Vorschlag also ist, wir nehmen das normal auf die Tagesordnung der nächsten regulären Sitzung. Sie können sich das alles ganz in Ruhe ansehen. Wir diskutieren das hier und dann entscheiden wir das gemeinsam. Das wäre mein Vorschlag. Wenn Sie einverstanden sind. Aber für mich (... Zwischenrufe ...)

Die Antwort von vorhin nehme ich raus und wir warten und wir machen das.

Aber ich bitte Sie eindringlich, das sich anzusehen und bitte auch dann, dass wir die Möglichkeit haben, da sehr sachgerecht dann auch ordnungsgemäß darüber zu diskutieren. Ich werde auch Herrn Dr. Flöther, Herrn Rauschenbach auch mit einladen, wenn es gewünscht wird, dass sie diesbezüglich dann auch dazu Position beziehen, damit auch alle Meinungen gehört sind.

Und von daher nehme ich das von vorhin zurück und wenn Sie einverstanden sind, können wir so verfahren.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Also ich muss sagen, dass ich auch ziemlich geschockt bin. Und zwar, ich komme aus einer Bürgerrechtstradition. Ich habe mir eigentlich auch von dem, was in Ihrem Wahlprogramm stand, mehr Transparenz auch mehr erwartet.

Und ich muss sagen, dann ist es wirklich eine Missachtung des Aufsichtsrates, wenn eben demokratisch entschieden wurde, dass eben der Sachverstand nicht gehört werden will in dem Ausschuss. Aber dass Sie uns vorwerfen, dass wir uns den Sachverstand nicht vorher geholt haben, das finde ich schon auch sehr traurig. Und ich muss mal sagen, wir haben das gemacht. Und wir haben uns mit all diesen Verfahren auseinandergesetzt. Nun nicht unbedingt mit Herrn Dr. Flöther, sondern mit anderen Fachanwälten und da frage ich mich, inwieweit da das Transparenzvorhaben eben da ist.

Der zweite Punkt ist, Gesellschafter. Ich habe damals dem Antrag nicht zugestimmt, wo mehrere andere Fraktionen sie in der Gesellschafterversammlung sozusagen unterstützen wollten, weil ich der Meinung bin, dass der Stadtrat der Gesellschafter ist. Und das an der Stelle eben auch der Gesellschafter zu fragen ist.

Und da ist nun mal in einer Demokratie es so, wenn es ein Pat gibt, dann ist der Antrag eben nicht durch. Aber dann muss man doch wenigstens bereit sein als Aufsichtsratsvorsitzender, mit denen, die dort sind und auch ehrenamtlich in den Aufsichtsräten sitzen, sich mit denen sachlich zu unterhalten. Und ich finde eben doch, dass es einen Unterschied gibt zu denen, zu der langen Vergangenheit, wo eben nichts oder wenig vorgelegt wurde.

Und da unterstütze ich Sie vollkommen. Und ich denke, ich habe das auch jetzt nicht so gehört, dass Sie schuld daran sind, wie die jahrelange Situation in dieser Stadt gelaufen ist. Es ist sehr emotional aufgewogen, aber ich will auch nochmal diesen demokratischen Charakter hervorheben.

Und ich finde eben, dass wir in einer langen Sitzung tatsächlich einen Konsens gefunden haben, Arbeitnehmer und Stadträte, leider ohne Sie, Herr Dr. Wiegand, in diesen fünf Punkten.

Und ich finde eben nicht, dass diese fünf Punkte abgearbeitet sind. Nämlich zum Beispiel die Kooperation mit dem Saalekreis.

Herr Bartl

Sie müssen zum Ende kommen.

Frau Wolff

Ja, leider.

Also die ist eben nicht abgearbeitet. Und ich würde dann auch nochmal wissen wollen, wie viel kostet denn zusätzlich dann wieder uns oder der GmbH dieser Sparberater?

Herr Bartl

So, jetzt ist die Zeit abgelaufen, Frau Wolff, tut mir leid.

Will Herr Oberbürgermeister gleich direkt antworten noch oder dann wäre Herr Wehrich dran.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Punkte, die Sie da angeführt haben, Frau Wolff, was das kostet, das kann man dann entsprechend abstimmen. Dazu würde ich Ihnen eine Ergänzung machen zum nächsten Mal, dann haben Sie es schriftlich.

So muss ich sagen, 40 % aus der Insolvenzverordnung, da gibt es eine Gebührenordnung. 40 % von dem, was dann später gegebenenfalls für ein Schutzschirmverfahren oder eine Insolvenz in Betracht kommt. Wir würden das genau ausrechnen und dann würde ich das schriftlich nachreichen, damit Sie dann beim nächsten Mal dann auch den Betrag dort haben.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ja, meine sehr geehrte Damen und Herren, ich denke die Diskussion hat gezeigt, wie notwendig es ist, dass wir endlich hier mal intensiv über Kultur diskutieren.

Herr Oberbürgermeister hat es ja schon erwähnt, wir haben versucht, das hier in den Rat zu bringen. Das wurde ja noch vor einem Jahr abgelehnt. Und heute haben wir den ersten Schritt in diese Diskussion gemacht und insofern bin ich geneigt, dass wir, geneigt zu sagen, dass wir einen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben. Das wir jetzt sozusagen eine Vorgehensweise abstimmen können, die uns dem Ziel ein bisschen näher bringt, unserem gemeinsamen Ziel, eben ein qualitativ hochwertiges Kulturangebot in Halle zu erhalten. Mit allen Sparten, die wir im Moment zur Verfügung haben.

Und deswegen auch mein Vorschlag zum Verfahren.

Es wurde schon gesagt, wir stimmen heute über beide Anträge ab. Ich denke, das der Vorschlag, der aus dem Aufsichtsrat kam, der ist absolut berechtigt. Der wird von uns mit getragen, mit der Einschränkung, die Frau Dr. Wünscher schon erwähnt hat. Wir wollen, dass der Punkt 4 bezüglich des Händelfestspielorchesters eben nicht als, schon als Festlegung verstanden wird, sondern als Prüfauftrag. Ich denke, wir müssen es vielleicht auch gar nicht umformulieren, wenn das hier im Protokoll entsprechend dezidiert festgehalten wird, dass wir nur prüfen wollen, dass Gespräche geführt werden sollen, ob das Land sich so etwas vorstellen kann. Und gleichzeitig auch, welche Auswirkungen sowas haben kann. Ist ja auch ein ganz entscheidender Punkt, was das für Auswirkungen auf die Staatskapelle haben würde. Damit wir uns dann hier im Rat darüber verständigen können.

Und den zweiten Schritt, in der nächsten Sitzung werden wir dann den Dringlichkeitsantrag nochmal aufrufen und nochmal intensiv darüber diskutieren.

Wir haben heute auch nicht für die Dringlichkeit gestimmt, weil wir die Bedenken, die Tom Wolter schon geäußert hat, ein Stück weit teilen, weil vieles, was sich in dieser Vorlage findet, schon so ein bisschen den Eindruck macht, als würde man da schon eine Vorfestlegung getroffen haben.

Ich habe da auch auf die Anlage 4 verwiesen, wo eben die Stellenkürzungen sich finden und wo vor allem auch sich abzeichnet, dass Thalia eben aufgelöst werden soll und dann letztendlich doch auf eine Sparte verzichtet werden soll.

Das wäre mein konkreter Vorschlag zum Verfahren.

Ich finde auch die Resolution gut. Wir werden auch der Resolution zustimmen, obwohl wir das auch vor der Sommerpause schon im Grunde genommen gemacht haben, auf unsere Initiative hin.

Aber die Resolution, die jetzt die Fraktion DIE LINKE vorgelegt hat, die hat noch mal ein bisschen andere Qualität. Die geht nämlich nochmal direkt auf das Land. Sie fordert vom Land ein Kulturkonzept, das hat Tom Wolter schon gesagt. Und sie fordert, dass die Kürzungen im Kulturbereich auf Landesebene zurück genommen werden.

Und hier bin ich auch nochmal auf einem Punkt den wir jetzt eben hatten, nämlich die Parallelen zum Deich. Ich finde nämlich, die sind auch wichtig. Und zwar im Ergebnis müssen wir hier zusammenstehen als Stadt letztendlich, an einem Strang ziehen und Druck auf das Land machen. Genauso wie bei dem Deich, dass der Deich umgesetzt wird und hier an dieser Stelle, dass die Kürzungen des Landes so nicht realisiert werden, wie sie beabsichtigt sind. Denn das ist nämlich schlichtweg absurd. Das wurde schon gesagt. Sie sind nicht umsetzbar.

Und es ist auch unsinnig, diese Kürzungen hier vorzunehmen. Weil, der Kulturhaushalt ist der einzige Einzelhaushalt des Landes, der gekürzt werden soll. Alle anderen steigen an. Und die Kulturausgaben sind schon ganz lange nicht erhöht worden.

Und, es gibt noch einen Punkt. Das Land argumentiert immer mit den Ausgaben pro Einwohner. Und wir haben ja jetzt der Presse entnehmen können, da sind Studien von PwC (PricewaterhouseCoopers AG) erstellt worden, wo eindeutig daraus hervorgeht, dass wir im Vergleich zu den westlichen Bundesländern hier pro Einwohner niedrigere Kulturausgaben in Sachsen-Anhalt haben, als vergleichbare westliche Bundesländer. Und das müssen wir immer betonen.

Wir müssen in Zukunft einfach die Gemeinsamkeit betonen, von Stadt gegenüber dem Land, dass wir im ersten Schritt erwirken, dass die Kürzungen zurück genommen werden, damit wir eben unser gemeinsames Ziel verwirklichen können, nämlich hier ein qualitativ hochwertiges Angebot zu sichern, wie gesagt. Und eben das zu sichern, was letztendlich auch die Qualität der Stadt ausmacht.

Vielen Dank.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Ich finde es sehr löblich Herr Oberbürgermeister, dass Sie jetzt von dieser Dringlichkeit zurückweichen und sagen o. k. wir reden noch einmal drüber.

Ich bitte dann aber auch, dass alle, die darüber reden wollen, ausreichend informiert sind. Denn es soll ein dickes Papier gegeben haben für die Aufsichtsratssitzung. Es soll eine Studie geben von Herrn Stiska. Es soll da drin stehen, aus 400 Personen eine Variante gibt. Das wissen nur die Leute nicht.

Also Sie müssen diese Papiere, die diskussionswürdig sind, die verschiedenen Variantenabwägungen dann auch den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung stellen. Also das ist bitte ganz dringlich notwendig. In der Dringlichkeit sozusagen noch vor den Schlussfolgerungen, zuerst mal zu unterbreiten, welche Varianten sehen die Fachleute, welche Spielräume scheint es zu geben und in welche Richtung wollen wir uns entscheiden, bevor wir uns festlegen.

Vielen Dank.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister.

Ich bin als Kulturausschussvorsitzende ja immer in der misslichen Situation, dass wir zu der Theaterfrage nichts sagen dürfen und ich auch immer wieder feststellen muss, dass die zuständige Beigeordnete für Kultur kein Wort zur Theater, Oper und Orchester GmbH, obwohl es so eine wichtige Säule unserer Kultur ist, sagen darf.

Das wurde ja schon mehrfach kritisiert und auch, ich will darüber auch gar keine weiteren Worte verlieren.

Ich unterstütze voll inhaltlich die Punkte, die Frau Dr. Wünscher vorhin als Aufsichtsratsmitglied vorgelesen hat, wobei ich die Frage mit dem Barockorchester, die haben wir ja schon seit Jahren, die habe ich auch immer mal angeregt und ins Spiel gebracht, da kam ja aus dem Orchester eigentlich immer schon der Vorbehalt, dass das nicht in ihrem Interesse ist. Aber gut, wenn man da eine Lösung sieht, das anders zu händeln oder anders zu diskutieren, dann denke ich, auch diesen Weg muss man weiter schreiten.

Es ist auch schön zu hören, dass die Dringlichkeit doch nicht so dringend ist, wie es hier steht in der Begründung. Das es also gar keinen Aufschub duldet und das wir nochmal alles nachlesen können.

Ich frage aber gleich mal, weil ich jetzt mal so durchgeblättert habe und auf die Anlage 4 gestoßen bin. Da steht, nach Strukturänderung Staatskapelle 98 Mitglieder und davon Musiker 90. Das heißt also, es wäre kein A-Orchester mehr. Das will ich nämlich jetzt doch mal genau wissen. Weil das immer der Punkt ist, über den ich mit dem Minister, mit allen immer wieder diskutiert und nachgehakt habe. Stehen sie zu einem A-Orchester im Land? Und das haben wir nur hier in Halle. Bleibt es A-Orchester oder nicht?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Dr. Bergner, das alles was hier steht ist ein Vorschlag, ein konkreter Vorschlag, der so dargestellt wurde, auch in dem, da ist nämlich nichts verändert worden, genau das hat Herr Stiska vorgeschlagen, genau diesen Punkt. Da ist keine Veränderung von mir vorgenommen, wo ich verändert habe. Herr Stiska hat 400 Personen, ich habe 380. Ich habe bei den Technikern 20 rausgenommen. Aber das, was Sie eben angesprochen haben, war konkret der Vorschlag von Herrn Stiska.

Die Situation, um es nochmal deutlich zu machen mit der Dringlichkeit, ich denke, ich habe mich deutlich ausgedrückt. Die Dringlichkeit ist deshalb, weil wir jetzt bis zum Ende des Monats etwas vorlegen müssen beim Land. Und das ist eine Situation, die klar auch vom Minister in allen Reden deutlich gemacht wurde. Wenn wir nämlich nichts vorlegen, wir haben, wir kriegen gar keine Finanzierung mehr. Das habe ich aber hier drin, deshalb bitte ich auch, einfach in Ruhe nochmal zu lesen.

Die Landeshaushaltssatzung sieht ganz klar und deutlich vor, sie sind nicht berechtigt, das Land ist nicht berechtigt, sie darf es auch nicht. Wenn die Finanzierung nicht gesichert ist, also selbst gesichert ist, dass dann das Land mit uns erneut eine Finanzierungszusage macht, einen Finanzierungsvertrag. Bei anderen Trägern ist es bereits der Fall. Hier bei uns ist es noch nicht der Fall, weil unsere eigene Finanzierung, unabhängig jetzt nochmal vom Land, wie das Land sich verhält, ob da Kürzungen kommen oder nicht, wie das Land sich verhält.

Und das ist eine Situation, die diese Dringlichkeit begründet. Das habe ich auch deutlich gemacht. Wenn Sie jetzt sagen, Sie sehen es nicht so, ich kann es teilen, dann warten wir eben nochmal.

Aber bitte, deshalb muss ich jetzt einen Satz dazu sagen. Wie Sie es eben dargestellt haben ist es nicht. Die Dringlichkeit ist eindeutig gegeben.

Herr Bartl

Also eine kurze Nachfrage von Frau Wolff. Dann haben Sie aber ihr Rederecht verwirkt zu diesem Tagesordnungspunkt, bitte.

Frau Wolff

Ich habe nicht so viel geredet wie andere. Ich wollte nur eine Information sagen. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass das Strategiepapier von Herrn Stiska öffentlich den Stadträten zur Verfügung gestellt wird, also den Stadträten zur Verfügung gestellt wird. Natürlich nicht irgendwelchen sachkundigen Einwohnern. Und bei uns in der Fraktion ist das auch passiert. Also nur mal, dass das auch klar gestellt ist.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträte.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin gesagt, es handelt sich um einen Sanierungsbeauftragten, von Insolvenz sei doch gar nicht die Rede. Wenn dann der Sanierungsbeauftragte Fachanwalt für Insolvenzrecht ist, dann sage ich natürlich, Nachtigall ich hör dir trapsen.

Aber ich will da jetzt nicht mehr Öl ins Feuer gießen. Sondern ich glaube, uns ist hier allen klar, wir können das nur lösen, wenn wir uns einig sind und wenn wir uns hier nicht verhaken.

Und deswegen ist meine Frage an den Oberbürgermeister. Sind Sie bereit, auch wenn wir wissen, dass wir Strukturveränderungen vornehmen müssen, die stattfinden werden, sind Sie bereit, sich gegen die Kürzungspläne so wie sie das Land jetzt präsentiert, sich zu wehren? Genauso zu wehren, wie gegen die Trägheit von Herrn Aeikens? Sind Sie bereit, sich da genauso dagegen zu wehren? Das ist meine erste Frage.

Und meine zweite Frage ist, sind Sie bereit, primär, mit dem ganzen Sachverstand den wir haben, wir haben die BMA hier, wir haben Herrn Rauschenbach hier, wir haben den Aufsichtsrat, wir haben den Geschäftsführer der TOO und wir haben einen rechtskundigen Oberbürgermeister, mit der Fachkompetenz zuerst und gemeinsam diese Strukturfrage zu klären?

Das sind meine beiden Fragen, danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wend, die erste Frage ist ein klares ja, genau das mache ich. Ich habe dem Minister deutlich signalisiert, das habe ich auch immer und immer wieder betont, dass ich mit den Kürzungsvorschlägen des Landes, die absolut unstrukturiert sind, ohne Konzept sind, nicht einverstanden bin.

Das ist aber losgelöst von dem, was ich heute hier eingebracht habe.

Diese Vorlage, das möchte ich auch noch mal deutlich machen, ist erstellt worden von Herrn Rauschenbach, vom Vorstand der BMA, von meiner Person und die haben diesen Vorschlag, der heute als Dringlichkeitsvorlage hier vorliegt, eingebracht. Da fließt, das ist komplett der Sachverstand, den wir aber beim nächsten Mal, so haben wir es ja jetzt auch vereinbart, hier noch mal umfangreich erörtern.

Deshalb werde ich ganz deutlich für den Fortbestand der TOO auch absolut kämpfen. Und das, was gekommen ist momentan vom Land, dass nämlich kein vorheriges Konzept, kein Kulturkonzept vorliegt des Landes, ist zu verurteilen. Es ändert aber nichts daran, dass wir unsere eigene Situation dann auch klären müssen.

Das heißt, ich will es deutlich sagen. Selbst wenn das Land, bei all ihren Zuweisungen und Zuschüssen so bleibt, wie es in den letzten Jahren gewesen ist, wenn wir das erreichen können beim Land, selbst dann müssen wir uns Gedanken machen. Selbst dann gilt dieses Papier.

Und deshalb sollten wir so verfahren, dass wir sehr ausführlich und umfangreich mit den beiden Kollegen beim nächsten Mal hierüber diskutieren.

Herr Krause

Ich mache es ganz kurz. Es geht nur da drum, Sie haben da etwas öffentlich jetzt falsch dargestellt, glaube ich. Herr Stiska hat gewarnt vor einer Insolvenz, wenn nicht gehandelt wird. Sie haben die Insolvenz als Lösungsweg vorgeschlagen. Das ist ein kleiner aber feiner Unterschied. Das ist das Eine.

In der Anlage 4, die Frau Dr. Bergner eben gerade zitiert hat, steht in der Zielorientierung das Thalia zum Beispiel mit Null drin. Also vier Sparten statt fünf. Wir wollen aber die fünf erhalten.

Ein letztes. Sie haben uns ziemlich minutiös in Hauptausschusssitzungen die Powerpoint Präsentation des Landes vorgetragen und uns auch sozusagen das wiederholt, was man ihnen offensichtlich auch gesagt hat, wir wollen neue Exzellenzen schaffen. Ich fordere Sie hiermit auf, diese Exzellenzen und die Leuchttürme, die wir haben, sollen wir gemeinsam verteidigen. Wir brauchen keine neuen schaffen, wir haben richtige Leuchttürme in der Kulturlandschaft der Stadt. Und die müssen wir verteidigen.

Übrigens, Herr Vorsitzender, ich erwarte seitens der Fraktion ein Wortprotokoll von den Punkten 8.1 und 8.2.

Herr Bartl

Von 8.2 wird auch ein Wortprotokoll erstellt, es war ja schon beantragt von 8.1. Von beiden kommt es.

Bitte, jetzt hat Herr Oberbürgermeister das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, die Fragen, die Sie jetzt zum Schluss gestellt haben, die hatte ich bereits beantwortet. Ich denke, da sind wir uns einig.

Das mit dem Thalia, was Sie eben angesprochen haben ist, nochmals, ist der Vorschlag von Herrn Stiska.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion

Herr Vorsitzender, eigentlich müsste ich meinen Aufruf zurückziehen. Ich wollte das Gleiche sagen, was Frau Wolff vorhin sagte, dass ein Beschlusspunkt des Aufsichtsrates am Freitag war, dass dieses Strategiekonzept, was Herr Stiska uns vorgelegt hat, den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden soll. Das ist erfolgt. Die MitBÜRGER haben es, wir haben es, bei Herrn Stiska per PDF-Datei übersandt worden. Ich fordere die anderen Fraktionen auf, das Gleiche zu tun. Es ist recht umfangreich, aber durchaus lesenswert.

Vielleicht noch ein Wort zu dieser Aufsichtsratssitzung am vergangenen Freitag.

Herr Oberbürgermeister, alle Aufsichtsratsmitglieder waren sich der Brisanz dieser Aufsichtsratssitzung bewusst. Es wurde sozusagen als Schicksalsaufsichtsratssitzung bezeichnet im Vorfeld. Wir waren alle guten Willens, alle guten Willens, nachdem was uns vorgelegt worden war, von Herrn Stiska, diese Sache konstruktiv anzugehen.

Dass eine demokratische Entscheidung von Ihnen nicht wahrgenommen worden ist, sondern Sie die Sitzung verlassen haben, finde ich einen Skandal. Das habe ich auch laut und deutlich dann in der Sitzung gesagt. So geht es nicht. Man muss demokratische Regeln einhalten, auch in so einem kleinen Kreis. Und auch wenn es einem selbst nicht passt.

Danke.

Herr Bartl

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist abgearbeitet.

Dann habe ich jetzt, Herr Krause, ich nehme es jetzt als Änderungsantrag. Also was sie dort lesen können, als Ergänzung als Beschlusspunkt 6.

Und auch die Anmerkung ist im Protokoll angekommen zum Beschlusspunkt 4, dass es eine Prüfung sein soll, das Händelfestspielorchester ein Stück weit auch vom Land vielleicht finanzieren zu lassen. Das wird auch so ins Protokoll Eingang finden, so dass ich jetzt abstimme über den Beschlusspunkt 6, ob er so mit hineingenommen wird in den Antrag.

Herr Krause

Wir haben als Antragsteller, ich habe mich mit den anderen Antragstellern verständigt, diesen Antrag ergänzt um den sechsten Punkt. Wir haben unseren Antrag ergänzt und der steht zur Abstimmung.

Herr Bartl

Wenn die anderen Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionen zustimmen, dann brauchen wir das so nicht tun, dann ist es eine Ergänzung, dann sind diese sechs Beschlusspunkte jetzt gemeinsam abzustimmen.

Ende des Wortprotokolls

zu 8.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, MitBürger für Halle - NEUES FORUM, zur Finanzierung der Theater Oper und Orchester GmbH Vorlage: V/2013/12039

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Anmerkungen:

Antragsteller haben Beschlusspunkt 6 eigenständig ergänzt.

geänderter Beschluss:

Die beabsichtigten Landeskürzungen in der Theaterförderung ab 2014 in der Theater Oper und Orchester GmbH Halle sind nicht darstellbar. Wir fordern von der Landesregierung eine Abkehr von den Kürzungsabsichten.

Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister beauftragt:

1. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der TOO GmbH ein Konzept zu erarbeiten, dass die TOO GmbH als Fünf-Sparten-Haus sichert.
2. Mit dem Landrat des Saalekreises Herrn Bannert Gespräche zu führen und die Möglichkeiten einer Gesellschafterbeteiligung zu erörtern.
3. Kooperationsmöglichkeiten mit Bad Lauchstädt und Dessau zu prüfen und Gespräche mit den Trägern zu führen (Landrat, OB, Kultusministerium).
4. Verhandlungen mit dem Kultusministerium aufzunehmen, das Händelfestspielorchester, als einzigem Orchester in Sachsen-Anhalt das sich ausschließlich der Barockpflege widmet, aus Landesmitteln zu finanzieren und mit Landesaufgaben bei den unterschiedlichsten Festspielen im Land zu verpflichten.
5. Mit dem Kultusministerium zu erörtern, welche Mittel aus dem Strukturanpassungsfonds für die Theater GmbH zu Verfügung stehen.
6. **Bis zum Vorliegen eines realisierbaren Konzeptes der TOO GmbH wird kein Sanierungsbeauftragter bestellt.**

zu 11.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umzügen innerhalb des Fachbereiches Bildung

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, schlug vor, die Fragen schriftlich zu beantworten, da es sich weitestgehend um Fragen zu Quadratmetern und Mietpreisen handelt.

Die Frage nach dem Konzept beantwortete **Herr Beigeordneter Neumann** dahingehend, dass es bei der Konzentration des Dienstleistungszentrums Familie um eine Neustrukturierung gehe und darum, Fremdanmietungen bei Dritten zu vermeiden und möglichst eigene Immobilien zu nutzen. Nur wenn dies nicht möglich sei, werde bei Dritten, in dem Fall bei der HWG, angemietet.

Herr Beigeordneter Neumann informierte weiter darüber, dass das Gebäude Kaulenberg 4 freigezogen wurde, da es sich um eine Fremdanmietung gehandelt habe und die Bereiche des Fachbereiches Bildung aus diesem Gebäude in eine Immobilie der HWG, in den Hansering 20, umgezogen sind. Betroffen seien davon 110 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es entstanden Einmalkosten für den Umzug in Höhe von 50.000 € und die IT-mäßige Ertüchtigung in Höhe von 130.000 €. Mietkosten habe man bisher im Kaulenberg 4 in Höhe von 161.000 € Kaltmiete gezahlt und künftig werden 144.000 € bei der HWG bezahlt.

Die Frage nach der Information der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Beigeordneten Neumann** dahingehend beantwortet, dass im Amtsblatt und durch Aushänge darüber informiert wurde, dass es dieses neue Dienstleistungszentrum Familie geben wird.

Herr Neumann sicherte eine schriftliche Beantwortung der weiteren Fragen zu.

zu 11.2 Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Beschaffung der mobilen Eisanlage

Die Fragen wurden durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verlesen und beantwortet.

Frage 1: Wann wurde das Vergabeverfahren durchgeführt? Wann wurde der Auftrag für die mobile Eisanlage vergeben?

Das Vergabeverfahren wurde umgehend nach dem Stadtratsbeschluss zur Absicherung des Eishockeysports in Halle vom 10.07.2013 durchgeführt und der Auftrag wurde am 30.07.2013 vergeben.

Frage 2: Wann wurde entschieden, den Ersatzstandort in einem Zelt außerhalb der Messehallen zu errichten?

Die Entscheidung fiel Mitte August. Da zum Erhalt des Eissports die durchgehende Nutzung der Eisanlage durch die Vereine notwendig sei und bedingt durch die Belegungen der Messehallenveranstaltungen ein Auf- und Abbau der kompletten Infrastruktur der Eisanlage inklusive Tribünen notwendig gewesen wäre, hätte dies zu Ausfallzeiten und zu erhöhten Kosten geführt. Daher wurde die dauerhafte Integration der Eisanlage in ein Zelt gewählt.

Frage 3: Wann wurde mit den Baugrunduntersuchungen am Ersatzstandort begonnen?

Es werden keine Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Allein die Erde auf dem Gelände wird geebnet.

Frage 4: Wann wurde mit Bautätigkeiten für das geplante, provisorische Zelt begonnen?
Baubeginn für die Errichtung des provisorischen Zeltes war der 10.09.2013.

Frage 5: Warum wurde zunächst ein provisorisches Zelt errichtet?
Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf seine Antwort zu Frage 2.

Frage 6: Nach § 75 der Bauordnung des Landes sind oder ist für fliegende Bauten eine Ausführungsgenehmigung erforderlich. Wann wurde diese bei der Oberen Bauaufsichtsbehörde eingereicht?

Die Erteilung der Ausführungsgenehmigung für den fliegenden Bau erfolgt jeweils durch die nach Landesrecht zuständige Stelle des Bundeslandes, in dem der Inhaber der Ausführungsgenehmigung seinen Betriebssitz hat.

Bei Zelten beträgt die Geltungsdauer dieser Ausführungsgenehmigung in der Regel fünf Jahre. In diesem Zeitraum kann das Zelt innerhalb der Bundesrepublik an verschiedenen Standorten auf- und wieder abgebaut werden.

Am jeweiligen Standort ist die Untere Bauaufsichtsbehörde dann berechtigt, diese Anzeige des Prüfbuches entgegen zu nehmen. In diesem Prüfbuch sind die Ausführungsgenehmigungen, die bautechnischen Nachweise sowie die Bau- und Betriebsbeschreibung enthalten.

Auf dieser Grundlage führt die Untere Bauaufsichtsbehörde, nachdem das Zelt errichtet wurde, eine Gebrauchsabnahme vor Ort durch. Soweit keine Mängel zu beseitigen sind, kann danach die Inbetriebnahme erfolgen.

Bislang ist dieses Bauprüfbuch für den provisorischen Standort noch nicht vorgelegt worden. Das Zelt ist auch noch nicht da und deshalb ist das Verfahren diesbezüglich bislang in Ordnung.

Frage 7: Wird der vom Stadtrat beschlossene Kostenrahmen für die Ersatzmaßnahme, Ersatzspielstätte eingehalten?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass der Kostenrahmen eingehalten werde.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zum Kunstrasenplatz USV

Herr Dr. Meerheim informierte über einen Brief vom FSV 67 Halle mit der Information zu Problemen bei der Finanzierung des Kunstrasenplatzes und er fragte an, ob es von Seiten der Verwaltung diesbezüglich schon Überlegungen zur Hilfeleistung gegeben habe. Er erinnerte daran, dass Herr Bönisch, CDU-Fraktion, im Finanzausschuss schon einmal das Problem angesprochen habe und die Verwaltung das Thema zur Prüfung mitnehmen wollte.

Herr Bürgermeister Geier teilte dazu mit, dass er den Hinweis von Herrn Bönisch in der genannten Finanzausschusssitzung aufgenommen und an die zuständige Beigeordnete für Kultur und Sport, Frau Dr. Marquardt, weitergeleitet habe.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte, dass sie dem Verein nachdrücklich empfohlen habe, bei der Investitionsbank um Verlängerung des Termins zu bitten, damit die Fördermittel nicht verloren gehen, denn es sei momentan nicht möglich, Eigenmittel der Stadt in Höhe von 132.000 € aus dem Budget des Fachbereiches Sport zur Verfügung zu stellen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat die Verwaltung um Unterstützung des Vereins bei der Gesprächsführung mit der Investitionsbank.

Weiterhin regte er an, eventuell aus einer anderen Investitionsmaßnahme Geld umzulenken und er verwies dabei auf den Investitionsplan 2014, in welchem im Bereich Kultur und Sport die Robert-Koch-Straße sehr hoch angebunden sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte den Ausführungen von Herrn Bönisch zu. Er werde die Vorbereitung eines Vorschlages durch die Verwaltung veranlassen.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Eissporthalle

Herr Wehrich fragte nach einer detaillierten Kostenaufstellung zur Ausweichvariante für die Eissporthalle, getrennt nach Zelt, die spätere Halle, die Eismaschine usw. und bat um eine schriftliche Aufarbeitung dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass es ein Gutachten für die alte Halle geben werde und auch eine solche, von Herrn Wehrich geforderte Auflistung werde schriftlich nachgereicht.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Kinderförderungsgesetz (KiföG)

Zum Thema KiföG führte **Herr Wehrich** aus, dass er es im Finanzausschuss so verstanden habe, dass die Stadt die Kostensteigerungen mit den Mitteln, die zusätzlich vom Land kommen, nicht abdecken könne. Andere Kommunen hätten dazu erklärt, dass sie sich einer möglichen Verfassungsbeschwerde des Städte- und Gemeindebundes gegen das KiföG anschließen würden. Aus diesem Grund fragte er an, ob dies innerhalb der Verwaltung auch schon einmal diskutiert wurde und ob es für die Stadt Halle (Saale) sinnvoll wäre, sich dieser Beschwerde anzuschließen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete darauf, dass er immer davon ausgegangen sei, dass die Stadt Halle (Saale) auch eine solche Klage anstreben werde. Er habe im Städte- und Gemeindebund auch dafür gestimmt, dass dies geprüft wird.

Momentan liege ein Vorgutachten eines renommierten Verwaltungsrechtlers vor, der diese Fragen behandelt habe. Und jetzt müsse darüber entschieden werden, ob die Verfassungsklage eingereicht wird.

Die Verfahrensweise war so geklärt, dass dies innerhalb des Städte- und Gemeindebundes entschieden werden soll. Er gehe davon aus, dass mehrheitlich für eine solche Klage votiert wird.

Wenn es gewünscht wird, könne dies auch noch einmal im Stadtrat behandelt werden und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** würde das Votum mit in den Städte- und Gemeindebund nehmen. Er halte es für sinnvoll, dass von dort gemeinsam eine Klage angestrebt wird.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Finanzierung KiföG

Herr Bönisch fragte nach der Aufstellung, welche innerhalb der Verwaltung gemacht wurde, um den Nachweis anzutreten, dass die Belastungen zur Finanzierung des KiföG höher seien als das gewährte Geld vom Land und bat um Aushändigung der Unterlagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fügte hinzu, dass dies in die KiföG-Vorlage mit aufgenommen und Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, eine gesonderte Information dazu veranlassen wird.

Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Grundschule "Rosa-Luxemburg"

Zur ehemaligen „Rosa-Luxemburg“ Schule fragte **Herr Lange** an, ob das Gebäude schnellstmöglich abgerissen wird, damit es nicht verfällt und ob die Gerüchte stimmen, dass das Gelände verkauft werden soll und wenn ja, wem man als Käufer im Visier habe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte mit, dass ihm keine Kaufs- oder Verkaufsabsicht im Moment bekannt sei, er sich aber Auskunft darüber einholen wolle und eine schriftliche Antwort dazu geben wird.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Schweinemastanlage

Frau Dr. Bergner erinnerte an ihre Anfrage zur Schweinemastanlage, welche sie im Juni gestellt habe und fragte an, wann sie die zugesagte Antwort dazu erhalte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass eine schriftliche Antwort dazu erfolgen wird.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zum Betreuungsgeld

In Bezug auf das seit August 2013 eingeführte Betreuungsgeld fragte **Frau Dr. Bergner** an, wie viel Anträge es in der Stadt gäbe und in welchen Stadtteilen dies besonders beantragt worden sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass es nur eine geringe Anzahl von Antragstellungen auf Betreuungsgeld gäbe und er in der nächsten Woche eine schriftliche Auflistung über den Stand des Betreuungsgeldes übergeben werde.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zum Bericht zum Neubau des Hochwasserschutzdammes

Herr Scholtyssek führte aus, dass er noch mehrere Fragen zum TOP 10.1 Neubau des Hochwasserschutzdammes habe und schlug vor, diese schriftlich einzureichen. Er bat um eine Beantwortung bis zur kommenden Stadtratssitzung.

Eine schriftliche Beantwortung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zugesagt.

zu 12 Anregungen

Anregung Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, zum Hufeisensee

Herr Sieber informierte, dass von seiner Fraktion noch eine schriftliche Anfrage vom 19.06.2013 zur Nutzung auf und um den Hufeisensee bei der Verwaltung vorliege und noch nicht beantwortet sei. Er erwarte eine Beantwortung der Anfrage bis zur nächsten Stadtratssitzung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass eine entsprechende Beantwortung schon vor der Stadtratssitzung erfolgen werde.

Anregung Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Radverkehr

Herr Wehrich informierte über mehrere Beschwerden wegen der Unzumutbarkeit des Radfahrens von der Kleinen Ulrichstraße in die Geiststraße und weiter in Richtung Reileck. Er regte an, den Radverkehr in diesem Baustellenbereich zu berücksichtigen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Prüfung zu.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin